

## Einwohnerrat

Legislaturperiode 2018 bis 2021

## Protokoll

der Sitzung vom Dienstag, 28. Januar 2020, 19.00 Uhr, Pfaffschappe

| <b>Behandelte Traktanden</b>   | <b>Seite</b> |
|--|--------------|
| 1. Inpflichtnahmen (02/20)   | 5            |
| 2. Städte-Initiative zur Förderung von Bus-, Fuss- und Veloverkehr; Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität (03/20)  | 6            |
| 3. Raumentwicklungskonzept REK Stadt Baden 2040 (04/20)  | 12           |
| 4. Motion Steven Van Petegem vom 1. August 2019 betreffend Anpassung Energiekonzept 2017 - 2026 an die Anforderungen des Pariser Klimaabkommens (35/19); Anträge auf Überweisung, Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung sowie Teilrevision Energiekonzept 2017 - 2026 | 25           |
| 5. Motion Alex Berger und Mitunterzeichnende vom 20. August 2019 betreffend "20 Tage Vaterschaftsurlaub" (36/19); Anträge auf Nichtüberweisung und Änderung Personalreglement  | 29           |
| 6. Motion Alex Berger vom 1. Oktober 2019 betreffend zeitgemässe flächendeckende Bewirtschaftung öffentliche Parkplätze (48/19); Antrag auf Überweisung  | 32           |
| 7. Postulat Tobi Auer vom 3. Juli 2019 betreffend Sicherung und Ausbau der Badener Eisenbahnerschliessung (34/19); Antrag auf Überweisung  | 35           |
| 8. Anfrage Mark Füllemann vom 24. Oktober 2019 betreffend Belastung der Stadt Baden mit Zentrumsfunktionen (52/19); Antwort  | 36           |

Vorsitz: Sander Mallien

Protokoll: Sandmeier Marco, Stadtschreiber

Stimmzählende: Sandra-Anne Göbelbecker  
Tobias Vonesch

Anwesend: 46 Mitglieder des Einwohnerrats  
6 Mitglieder des Stadtrats

Verwaltung: Benedetta Amato, Leiterin Personal  
Monika Greber, Projektleiterin Raumplanung  
Jacqueline Keller, Leiterin Kommunikation  
Heinz Kubli, Stadtschreiber  
Thomas Lütolf, Leiter Standortförderung  
Deborah Rondinelli, Praktikantin  
Christian Vogler, Energiekoordinator  
Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung

Entschuldigt: Cherinne Derbala  
Romina Ettisberger  
Michael Rinderknecht  
Susanne Slavicek

Die Beschlüsse gemäss den Ziffern 2, 3.1.1, 3.1.2, 4.3 und 5.2 unterstehen dem fakultativen Referendum. Sie sind einer Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn dies von mindestens 10% der Stimmberechtigten in einem schriftlichen Begehren innert 30 Tagen nach Publikation des entsprechenden Beschlusses verlangt wird.

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Ich begrüße Sie alle herzlich zur ersten Einwohnerratssitzung des Jahrs 2020, der zweiten Hälfte der Legislaturperiode 2018 - 2021.

Es ist mir eine Freude und Ehre, dem Einwohnerrat die nächsten zwei Jahre als Präsident dienen zu dürfen. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir ausgesprochen haben.

Es ist mir ein Anliegen, mich zum Wohl aller zu engagieren. Obwohl ich als Präsident des Einwohnerrats wenig Einfluss haben werde, fühle ich mich heute noch ein bisschen mehr am Puls dieser Stadt und ihrer Menschen. Es wurde mir so richtig bewusst, als ich von "Baden ohne Plastik" und "Flickstatt" hörte. "Toll" dachte ich, und "Wer weiss, wozu alle noch fähig sein werden". Wir müssen uns immer wieder aufs Neue fragen, was die Stadt und ihre Menschen in Zukunft brauchen werden, um lebensüchtig und hoffentlich lebensfroh zu bleiben.

Die Bedürfnisse einer modernen Wohnbevölkerung sind vielfältig und stellen hohe Ansprüche an die Infrastruktur, die Bildung und die Mobilität, und noch viel wichtiger, an den Erhalt des Lebensraums. Daneben gibt es aber auch Bedürfnisse, die mit dem demografischen Wandel, der Zuwanderung oder unseren verschiedenen sozialen Sicherungssystemen zu tun haben. Wir sind verantwortlich dafür, dass sich alle Badenerinnen und Badener aufgehoben und als Teil dieser Gesellschaft fühlen.

Wir leben für viele Menschen in einer Epoche des schnellen Wandels und der Unsicherheit. Die Globalisierung, die Digitalisierung und die Kommunikation haben mit ungeheurem Tempo zugenommen. Heute getroffene Entscheidungen sind morgen bereits überholt.

Ich hoffe, dass ich als Präsident möglichst nie den Stichentscheid werde fällen müssen, obwohl es den Entscheidern meine persönliche Note gäbe. Das Argumentieren für meine Überzeugungen werde ich während der kommenden zwei Jahre am meisten vermissen. Schon als Vizepräsident wäre ich am liebsten viel öfter aufgestanden und schnurstracks zum Rednerpult marschiert. Es geht darum, dass Stichentscheide ein Ausdruck nicht klar mehrheitsfähiger Geschäfte oder Gesetze sind. Gute parlamentarische Arbeit zeichnet sich dadurch aus, dass die im Rat getroffenen Entscheide ausgefochten und verhandelt werden, und der Entscheid Sinn für die Mehrheit macht, auch für die Mehrheit der Bevölkerung.

Auch in der zweiten Hälfte dieser Legislatur wird der Rat über einige bedeutende Projekte zu beraten und zu entscheiden haben, obwohl viel Kostspieliges bereits in den vergangenen Jahren entschieden wurde, und die grossen Projekte bereits am Laufen sind.

Es wird jedoch auch eine Zeit der Ernte sein. So startete die Stadt mit dem Wakker-Preis ins neue Jahr. Im Oktober wird das Kurtheater wiedereröffnet. Bald wird die Eröffnung der Bäder und des neuen Oberstufenzentrums Burghalde folgen. Es wird aber nur dann weiterhin eine Zeit der Ernte sein, wenn wir es als Gremium schaffen, miteinander konstruktiv Schwieriges zu diskutieren und zu lösen.

Ich wünsche mir ein Parlament, welches das Wohl aller Badenerinnen und Badener im Herzen trägt und keine Partikularinteressen in den Vordergrund stellt.

Ich wünsche mir ein Parlament, das heftig diskutiert, ohne den Respekt vor anderen Werten und Haltungen zu verlieren.

Ich wünsche mir Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich trauen, nicht nur vorbereitete Voten abzulesen, sondern auch noch im Plenum zu diskutieren und ihre Meinung zu ändern, wenn stichhaltige Argumente angeführt werden.

Ich wünsche mir Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die den Mut haben, zu ihrer Meinung zu stehen, auch wenn sie nicht immer derjenigen der Fraktion oder der Partei entspricht.

Ich wünsche mir ab und zu humorvolle Voten, damit ein bisschen Leichtigkeit entsteht.

Ich heisse Benjamin Steiner als neuen Vizepräsidenten sowie Sämy Göbelbecker und Tobias Vonesch als neue Stimmenzählende auf dem Büro-Hochsitz herzlich willkommen.

Ich freue mich auf die nächsten zwei Jahre. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, mit der Kanzlei und der Verwaltung.

Ihr Einwohnerratspräsident 2020/2021.

Romina Ettisberger, Michael Rinderknecht und Susanne Slavicek haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Auch Cherinne Derbala hat sich entschuldigt. Sie wird erst an der März-Sitzung in Pflicht genommen werden können.

Die Stadträtin Sandra Kohler hat sich wegen Krankheit ebenfalls entschuldigt.

## **Mitteilungen**

Wir gratulieren Romina Ettisberger herzlich zur Geburt ihrer Tochter am 12. Dezember 2019.

Zwei Mitglieder haben den Rücktritt auf die heutige Sitzung eingereicht. Das sind bereits Rücktritt 19 und 20 in der laufenden Legislaturperiode, und damit 40% in den letzten zwei Jahren. Wir werden die beiden Damen am Schluss der Sitzung verabschieden.

Der Stadtschreiber bittet um Abgabe der aktualisierten Formulare zu den Interessensbindungen. Diejenigen, welche noch kein Foto haben machen lassen, sollten das bitte im Stadtbüro nachholen.

## **Neuzugänge**

- Postulat Tobi Auer und Selena Rhinisperger vom 10. Dezember 2019 betreffend verbindliche Abklärungen zu Photovoltaik-Anlagen bei städtischen Liegenschaften (72/19)
- Anfrage Selena Rhinisperger und Mitunterzeichnende vom 9. Dezember 2019 betreffend Haltung der Stadt Baden zu OASE (73/19)
- Anfrage Karim Twerenbold vom 20. Dezember 2019 betreffend Haltung des Stadtrats zum Bäder-Seilbahnprojekt RVBW (01/20)
- Anfrage Tobias Vonesch vom 15. Januar 2020 betreffend Bewilligungsprozess Frühlings-Wiesn (05/20)
- Postulat Mark Füllemann und Mitunterzeichnende vom 26. Januar 2020 betreffend Ergänzung des REK durch einen zehnten inhaltlichen Schwerpunkt: Bäderstadt (06/20)

Erledigte Vorstösse seit der letzten Sitzung:

- Anfrage Corinne Schmidlin vom 29. September 2019 betreffend Klimaverträglichkeit der Investitionen der städtischen Pensionskassengelder (47/19)
- Anfrage Selena Rhinisperger vom 2. September 2019 betreffend Kameraüberwachung in Baden (43/19)
- Anfrage Christine Tompkin vom 23. September 2019 betreffend 5G-Mobilfunkantennen in Baden (45/19)
- Anfrage Sander Mallien vom 9. Dezember 2019 betreffend Parkierung beim Bezirksgebäude (70/19)

Das Protokoll der Sitzung vom 10. Dezember 2019 wurde publiziert. Es sind bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Einwände oder Ergänzungen eingegangen. Da es sehr kurzfristig war, frage ich an dieser Stelle, ob jemand Einwände zum Protokoll der letzten Sitzung hat?

Das ist nicht der Fall. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten für das Verfassen des Protokolls.

Ich bitte Sie, nach der Sitzung die schriftlichen Voten der Stadtkanzlei zu senden.

## **1. Inpflichtnahmen (02/20)**

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Ich bitte folgende Personen vor den Rat zu treten:

- Frau Nora Langmoen
- Herr Lukas Eberle
- Herr Thomas Rimann
- Herr Christoph Perrin

Ich bitte alle Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne sich für die Inpflichtnahme zu erheben.

Stadtschreiber Marco Sandmeier wird die Gelöbnisformel vorlesen.

### **Marco Sandmeier, Stadtschreiber**

Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrats, meine Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Stadt Baden zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Mit diesem Gelöbnis sind Sie in den Einwohnerrat aufgenommen. Ich freue mich, dass Sie dieses Amt angenommen haben.

## **2. Städte-Initiative zur Förderung von Bus-, Fuss- und Veloverkehr; Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität (03/20)**

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Zunächst ein paar Vorbemerkungen:

Nachdem der Einwohnerrat den allgemeinen Anregungen vom 28. März 2017 zugestimmt und sich somit mit der Stossrichtung des Begehrens einverstanden erklärt hatte, sind nur wenige Anträge im Rahmen der Vorgaben möglich. Der Einwohnerrat kann elementare Punkte nicht mehr ändern oder streichen. Wäre er mit wichtigen Eckwerten der Initiative nicht einverstanden gewesen, hätte er das Begehren damals ablehnen müssen. Sollte der Einwohnerrat heute das Reglement ablehnen, würde das Initiativbegehren in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs dem Volk zur Abstimmung unterbreitet.

Für die Diskussion ist folgendes Vorgehen geplant:

Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, danach eine Detailberatung und dann die Abstimmung.

### **Michael Brandmaier, Präsident Strategiekommission**

Das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität wurde von der Strategiekommission gut aufgenommen.

Kurz zur Geschichte:

Die erste Fassung wurde am 12. Dezember 2017 vom Einwohnerrat zurückgewiesen, mit dem Auftrag, eine breite Vernehmlassung durchzuführen.

Das Resultat liegt nun vor. Die Überarbeitung mit einer öffentlichen Mitwirkung und einem anschliessenden Forum in "parteilich" regenbogenmässig gefärbten Gruppen wird von der Strategiekommission begrüsst.

Das Reglement ist somit breit abgestützt. Es hat zu einer eher kurzen Diskussion geführt. Lediglich das Fehlen der Parkierung wurde moniert. Diese wird jedoch in der BNO detailliert geregelt.

Die Strategiekommission empfiehlt einstimmig die Annahme.

### **Selena Rhinisperger**

Baden kann's! Wir glauben daran. So hat Karin Bächli ihr Votum im Dezember 2017 beendet, als wir das letzte Mal im Einwohnerrat über das Reglement befinden mussten. Sie hat darauf angespielt, dass Städte wie St. Gallen, Thun, Biel, Luzern, Zürich und Basel mindestens seit zehn Jahren eine Städteinitiative kennen. Wir sind froh, wenn heute Abend die Städteinitiative endlich auch in Baden wahr wird.

Das Reglement hätte aus unserer Sicht auch früher und vor allem zeitlich pointierter eingeführt werden können. Wir sind überzeugt, dass der konstruktive Vernehmlassungsprozess das Reglement verbessert und zu einer breiteren Akzeptanz geführt hat. Wir bedanken uns beim Stadtrat und der Verwaltung für die geduldige Begleitung dieses Prozesses.

Mit dem Erlass des Reglements heute Abend fängt jedoch aus unserer Sicht die Arbeit erst richtig an. Wir fordern, dass das Reglement kein "Papiertiger" bleibt, sondern dass es in konkrete Massnahmen mündet, welche die Qualität in Baden als Wohn-, Arbeits- und Begegnungsort steigern wird. Wir sind deshalb bereits heute auf den ersten Rechenschaftsbericht gespannt, welcher uns in einem Jahr vorgelegt wird.

Wir glauben noch ein paar letzte Minuten daran: Baden kann's!

### **Fabian Hummel**

Ich habe als Neuling die Vorgeschichte nur aus Erzählungen vernommen. Das letzte Kapitel in der Erarbeitung war erfolgreich. Die Stadt hat durch die partizipative Abwicklung und den Workshop die Kontrahenten an einen Tisch gesetzt und ihnen selber überlassen, sich zu einigen. Das Ergebnis ist aus unserer Sicht ein mehrheitsfähiges, aber noch zu "zahnloses" Reglement. Die glp wird keine Ausbauten am Hochleistungsstrassennetz unterstützen.

Wir sind gespannt, ob das Reglement bereits einen Einfluss bei der Bearbeitung des dringlichen Postulats bezüglich Veloverkehr in der Weiten Gasse hat, z.B. beim § 4, Abs. 4: "Das Fusswegnetz und das Velowegnetz sind wo möglich getrennt zu führen."

Leider wurden zwei wichtige Elemente nicht integriert:

Ich bin als Ratsneuling nicht sicher, ob ich bereits über spätere Traktanden sprechen darf. Ich mache es sicherheitshalber lieber nicht. Trotzdem bin ich froh, dass wir dank Alex Berger eine Motion betreffend einer "zeitgemässen flächendeckenden Bewirtschaftung öffentlicher Parkplätze" überweisen können, die das Thema Parkplatzbewirtschaftung aufgreift.

Wir hätten erwartet, dass die Stadt sich im "Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität" dazu geäussert hätte, wie sie gedenkt, mit allfälligen Sharing-Konzepten umzugehen. Was, wenn morgen eine private Firma Baden mit 1'000 Elektro-Trottinetten fluten will? Dazu steht im Reglement kein Wort.

Wir stellen noch eine Bedingung zur Zustimmung. Der amtierende Einwohnerratspräsident aus den glp-Reihen soll das Dokument unterschreiben dürfen. Wir möchten Karin Bächli nicht aus ihrem wohlverdienten politischen Ruhestand holen.

### **Nadia Omar**

Es ist eine Herausforderung, ein komplexes Thema wie die Mobilität, in einem Reglement unterzubringen. Das team baden ist der Meinung, dass die vorliegende Vorlage es gut trifft. Der Mitwirkungsprozess hat uns besonders überzeugt.

Mobilität heisst, den Weg vom Ausgangs- zum Zielort zu bestreiten. Meistens muss der Weg auch zurückgegangen werden. Beim Mobilitätsmanagement muss man sowohl den Lebensraum als auch den Verkehr betrachten, d.h. die ganze Infrastruktur.

Da uns im Reglement die Parkierung fehlt, werden wir noch einen Antrag stellen. Das team baden wünscht ausserdem, dass die jetzt gesetzten Ziele überprüft werden. Dazu brauchen wir eine verbindliche Zusage für ein gutes Verkehrsmonitoring in den nächsten Jahren.

Wir bedanken uns und stimmen dem Reglement zu.

## **Daniel Schneider**

Nach der Annahme der Städteinitiative 2017, hat sich die FDP für die geforderte Vernehmlassung des Reglements eingesetzt. Wir haben unsere Stellungnahme eingereicht und auch am Forum aktiv teilgenommen. Wir finden es positiv, dass unsere Vorschläge gut aufgenommen wurden und zum Teil in das Reglement eingeflossen sind.

Ich war etwas irritiert über die einleitende Bemerkung in der Vorlage betreffend Abschwächung oder Verschärfung der Stossrichtung der Initiative. Dies könne nicht verändert werden. Haben wir uns zwei Jahre im Kreis gedreht?

Auch wenn ich mich wiederhole, weise ich nochmals darauf hin, dass wir ein Reglement erstellt haben, dass bereits im Planungsleitbild, im KGV (Kommunaler Gesamtplan Verkehr) oder in der Mobilitätsstrategie des Kantons enthalten ist.

Das Thema Parkierung wurde im vorliegenden Reglement nicht behandelt. Gemäss Aussage des Stadtammanns wird dies in der BNO detailliert ausgeführt. Wir haben ansonsten die Möglichkeit, heute Abend beim Vorstoss von Alex Berger unter Traktandum 6 ein neues Reglement zur Parkierung zu schaffen.

Fazit:

Es war eine gute Vernehmlassung mit der Mitwirkung der verschiedensten Gruppierungen und Einzelpersonen und einem interessanten Forum. Es ist jedoch schlussendlich ein Reglement entstanden, das vielleicht niemand braucht.

Die FDP ist sich bei dieser Vorlage nicht ganz einig und wird das Reglement grossmehrheitlich ablehnen.

## **Margreth Stambach**

Die Grünen Baden stimmen dem Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität zu. Das Reglement fördert den Bus-, Fuss- und Veloverkehr und damit nachhaltige Mobilitätsformen. Es enthält die städtische Verkehrspolitik und setzt die Bemühungen der Stadt Baden fort, die öffentlichen Räume aufzuwerten und zu pflegen. Der Stadtkern ist vom Autoverkehr und die Weite Gasse vom Busverkehr befreit. Diverse Plätze dienen nicht mehr als Parkplätze, sondern als Aufenthaltsorte für die Menschen. Diese Stadtentwicklung erhöht die Standortqualität der Stadt Baden und wird auch national wahrgenommen, wie die Auszeichnung mit dem Wakker-Preis zeigt.

Der einzige Kritikpunkt ist auch von unserer Seite die Streichung der Parkierung-Thematik. Dieser Punkt wäre für die Siedlungs- und Mobilitätsentwicklung wichtig gewesen.

Der Erarbeitungsprozess zur Erstellung des Reglements ist vorbildlich gelaufen. Es fand nicht nur eine breite Vernehmlassung statt, an der sich alle interessierten Personen beteiligen konnten. Die Rückmeldungen und Stellungnahmen flossen in die Überarbeitung des Reglements ein. An einem Forum wurden weitere Rückmeldungen gesammelt und eingearbeitet.

Wir sind mit diesem Vorgehen und dem vorliegenden Reglement sehr zufrieden. Wir werden jedoch auch in Zukunft die weitere Umsetzung des Reglements im Auge behalten, damit es nicht nur auf dem Papier existiert.



## **Sarah Wiederkehr**

Wir werden dem Reglement zustimmen.

Wir sind begeistert und bedanken uns herzlich für die Erstellung des Reglements bei den involvierten Abteilungen der Verwaltung.

Es fällt uns auf, dass es sich dabei eigentlich um strategische Leitlinien handelt. Das wird auch den zukünftigen Lesern des Reglements auffallen. Es ist ein Papier, das eine Strategie und Leitplanken vorgibt, aber den Titel "Reglement" trägt. Da es Teil der Initiative ist, konnten wir es leider nicht mehr ändern, was ich persönlich schade finde. Ich glaube, dass es heute wie in Zukunft ein wenig zur Verwirrung führen wird.

Wir stehen jedoch grundsätzlich hinter den Ideen und Leitplanken des Reglements, die sozusagen als Zielbild für die Stadt, die Behörden und die Politik dienen werden.

## **Daniel Glanzmann**

Als dem Einwohnerrat 2017 die erste Fassung dieses Reglements vorgelegt wurde, setzte ich mich aktiv für die Rückweisung mit anschliessender Vernehmlassung ein. Der Einwohnerrat unterstützte grossmehrheitlich meinen Antrag. Im Anschluss gab es eine seriöse Vernehmlassung inklusive Mitwirkung in einem Forum.

Ich bedanke mich bei der SP für den fairen Austausch während dieses Prozesses. Dem Stadtrat gebe ich bezüglich der ersten Fassung Folgendes mit auf den Weg: "Abschreiben war schon in der ersten Klasse verboten!"

Ich habe mich in meiner Fraktion erfolglos für eine Befürwortung der Version 2020 eingesetzt. Meine Fraktion stört vor allem Folgendes:

§ 6 Modalsplit:

Die Stadt ergreift Massnahmen, um den prozentualen Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Gesamtverkehr auf dem Stadtgebiet bis 2028 um 10% zu reduzieren (Basisjahr: Annahme der Städteinitiative im Jahr 2017, gestützt auf Statistik Aargau, Mikrozensus). Aus heutiger Sicht finde ich dieses Ziel auch nicht gut. Wir werden uns künftig stark dafür einsetzen, dass unsere Läden, Dienstleister, Restaurants usw. der Innenstadt von möglichst vielen Menschen besucht werden. Ohne florierendes Gewerbe ist eine Stadt leblos. Irgendwann wird man auch nicht mehr viel Kultur erleben können.

Ich persönlich stimme dem Reglement zu. Die city com kann mit diesem Reglement auch leben. Nach einer konstruktiven Zusammenarbeit verschiedener Interessensvertreter wurde ein Kompromiss gefunden.

## **Markus Schneider, Stadtammann**

Ich bedanke mich für die grossmehrheitlich positive Aufnahme. Meiner Ansicht nach unterscheidet sich das vorliegende Reglement nicht sehr vom bereits 2017 dem Einwohnerrat unterbreiteten Reglement. Nur der hinterlegte Prozess weicht ab. Das ist eine der Lehren, die wir daraus gezogen haben. Es wurde heute mehrfach betont, dass man einen Weg gefunden habe, um miteinander die Themen zu bearbeiten und eine Lösung zu finden, die alle befriedigen würde.

Der Prozess ist mindestens so wertvoll wie das Resultat. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Papier "gelebt" wird.

Ich habe gehört, wir würden ein Parkierungsreglement schaffen. Wir werden heute Abend über eine Motion abstimmen, in der es darum geht, ein bestehendes Parkierungsreglement zu überarbeiten.

Im § 3 steht: "Die Stadt achtet bei der Umsetzung, dass der gesamte gewerbsmässige Verkehr nicht behindert wird." Dieser Paragraph zeigt, dass das Gewerbe einen massgeblichen Beitrag leistet für die Lebensfreude und das Florieren der Innenstadt.

Es wird ein Antrag gestellt werden zur Parkierung. Ich möchte im Vorfeld Folgendes dazu sagen:

Wir haben über die Parkierung am runden Tisch diskutiert. Dort wurde gesagt, dass wenn ein Punkt bereits in einem anderen Reglement ausreichend geregelt wurde, es nicht sinnvoll wäre, einen Verweis anzufügen. Das Thema wurde z.B. in der BNO viel detaillierter ausgeführt.

Ich bedanke mich bei der Verwaltung für die Bearbeitung des Reglements. Wir würden uns freuen, wenn Sie dem zustimmen würden.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Ich möchte für die neuen Mitglieder des Einwohnerrats noch eine Bemerkung anbringen:

Wir müssen über das Eintreten im Moment nicht abstimmen. Gemäss § 47, Abs. 5, des Geschäftsreglements ist in diesem Fall eine Eintretensdebatte nicht erforderlich, resp. obligatorisch.

Wir kommen zur Detailberatung.

Wir werden die Paragraphen nacheinander durchgehen.

- § 1
- § 2
- § 3
- § 4
- § 5

### **Nadia Omar**

Das team baden stellt folgenden Antrag:

Im Gegensatz zum Stadtammann bin ich der Meinung, dass ein Verweis auf das Parkplatzreglement notwendig ist, weil es um Mobilität geht, und die Parkierung zur Mobilität gehört.

Der Antrag lautet: § 5bis: "Der zur Verfügung stehende Parkraum spielt bei der Erzeugung des motorisierten Individualverkehrs eine entscheidende Rolle und beeinflusst dadurch den Modalsplit massgeblich. Die öffentliche Parkierung in der Stadt Baden wird im Parkierungsreglement geregelt."

Mit dem hätte man alles abgedeckt, und das Reglement wäre unseres Erachtens konsistent.

### **Daniel Glanzmann**

Wir alle haben den Prozess gelobt. Wir hatten die Vernehmlassung. Wir sind parteiübergreifend an gemischten Tischen gesessen. Es war ein langer Prozess, und das Reglement wird heute angenommen werden. Ich habe kein Verständnis für den Antrag.

### **Adrian Humbel**

Das ist das kürzeste Votum unsererseits. Es ist genau deckungsgleich mit demjenigen von Daniel Glanzmann.

### **Barbara Bircher**

Was spricht dagegen, einen Link zum Parkierungsreglement zu setzen? Ich verstehe es nicht. Kann es mir jemand erklären?

### **Antonia Stutz**

Die Juristen sagen immer: "Bloss keine Verlinkungen!" Wenn man etwas ändert, stimmt der Link nicht mehr. Wenn die Regulierungen unabhängig voneinander bestehen, macht es keinen Sinn, sie zu verlinken, weil man unter Umständen – wenn ein Reglement durch ein neues ersetzt wird – ins Leere verweist. Am Schluss hat man keinen Überblick mehr, welches Reglement wohin verlinkt wurde. Wenn man etwas aufhebt oder auch nur neu benennt, stimmt die Verlinkung nicht mehr. Deshalb erfasst man ein Reglement immer unabhängig von einem anderen. Dann hat man Ordnung.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Wir haben die gleiche Haltung. Der erste Satz des Antrags ist eigentlich eine Aussage zu einer Grundhaltung. Der zweite Satz ist ein Verweis auf ein anderes Reglement. Der Stadtrat hält an seiner Version fest und bittet Sie, den Antrag abzulehnen.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Es wird beantragt, einen neuen § 5bis einzuführen, der heisst: "Der zur Verfügung stehende Parkraum spielt bei der Erzeugung des motorisierten Individualverkehrs eine entscheidende Rolle und beeinflusst dadurch den Modalsplit massgeblich. Die öffentliche Parkierung in der Stadt Baden wird im Parkierungsreglement geregelt."

### **Beschluss**

Der Antrag wird abgelehnt.

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

§ 7 und 8.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### **Beschluss**

Das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität wird erlassen.

### **3. Raumentwicklungskonzept REK Stadt Baden 2040 (04/20)**

#### **Michael Brandmaier, Präsident Strategiekommision**

Die Strategiekommision hat das REK sehr positiv aufgenommen. Das Dokument ist klar gegliedert, der Aufbau logisch und der Inhalt gut verständlich. Es stellt mit der politischen Grundhaltung und sechs strategischen Stossrichtungen quasi den Kompass dar, nach dem die Stadt sich für die nächsten 20 Jahre ausrichten will.

Begrüsst werden insbesondere auch die Ausführungen zum Vorgehen und zur Umsetzung für die kommenden Jahre oder die spannenden Steckbriefe zu den Quartieren.

Auch wenn viele Aspekte im Konzept aufgenommen wurden, sieht die Strategiekommision einige Herausforderungen des Wachstums:

- Wie soll das hohe quantitative Wachstum in Einklang gebracht werden mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung?
- Wie wollen wir verhindern, dass ein zu rasches oder zu starkes Wachstum in einzelnen Quartieren die Identität gefährden könnte?
- Wie wollen wir sicherstellen, dass in den Transformationsgebieten eine quantitative und qualitative Entwicklung der inneren Freiraumsysteme stattfinden kann, die dem teilweise hohen Wachstum angemessen ist?

Die breite Mitwirkung wurde genutzt, die Infoveranstaltungen besucht, und viele Punkte konnten aufgenommen werden.

Zusammenfassend möchte ich im Namen der Strategiekommision festhalten, dass die Stadt mit dem REK ein gutes und umfassendes Fachpapier erstellt hat. Es richtet sich zwar vornehmlich an Politik und Behörden, bzw. an ein Fachpublikum, ist aber auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger durchaus verständlich und spannend.

Die Stadt kann zu Recht stolz sein auf das REK. Die Strategiekommision empfiehlt einstimmig die Annahme.

## **Gian von Planta**

Wir von der glp finden das Raumentwicklungskonzept gut gelungen. Es stellt eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung von Baden dar. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die Erarbeitung des Konzepts.

Gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf gibt es ein paar feine aber wichtige Verbesserungen, die wir sehr schätzen, unter anderem die Parkierung und Tram Baden.

Ich werde kurz auf drei Punkte eingehen:

### 1. Ziel Nr. 6:

Wir finden es wichtig, dass sich die Stadt auf wichtige Entwicklungsgebiete fokussiert. Dabei sehen wir vor allem in Dättwil grosses Potential, auch dichter und höher zu bauen. Wir hoffen, dass der Stadtrat hier Mut beweist. Wieso nicht auch einmal ein Prime Tower in Dättwil bauen? Wichtig wäre dann natürlich, für die Anbindung mit dem ÖV zu sorgen. Zwei Bushaltestellen würden nicht genügen. Längerfristig sollte Dättwil mit dem Tram vom Bahnhof Baden und von Mellingen her angeschlossen werden.

### 2. Ziel 2:

Das klare Bekenntnis zur Zusammenarbeit und zu Fusionen freut uns. Wir sind überzeugt, dass eine Stärkung der Stadt über Fusionen zentral ist, um auch in Zukunft eine hohe Lebensqualität mit einem breiten kulturellen und sportlichen Angebot aufrecht zu erhalten, um weiterhin ein attraktiver Wirtschaftsstandort zu sein.

### 3. Ziel 4:

Das Ziel Nr. 4 können wir als einziges in der jetzigen Form nicht vorbehaltlos unterstützen. Es scheint, als ob der Stadtrat immer noch an die Erlösung durch den Martinsbergtunnel im Rahmen des OASE-Projekts glaubt. Der Stadtrat sollte sich nicht zu sehr darauf verlassen. Erstens ist es unwahrscheinlich, dass dieser Tunnel gebaut wird, und zweitens würde er das innerstädtische Problem von Baden nicht lösen, da der grosse Teil des Autoverkehrs in Baden sowieso nur Ziel- und Quellverkehr ist.

Insgesamt ist das Papier aber gelungen. Wir werden es unterstützen.

## **Barbara Bircher**

Das vorliegende REK ist ein hervorragendes Raumplanungsinstrument für eine hochwertige Innenentwicklung unserer Stadt. Der Erarbeitungsprozess der Fachabteilung Entwicklungsplanung mit Einbezug der Öffentlichkeit und mit der Wahl sehr engagierter und fähiger externer Beratungsbüros verdient unsere Anerkennung und unser Lob. Es gilt jetzt, die Handlungsempfehlungen zeitnah in griffige, mehrheitsfähige und finanzierbare Massnahmen zu packen. Die Arbeit wird der Verwaltung und uns allen nicht so schnell ausgehen. Wir sind froh darüber, weil uns kein Stillstand vorgeworfen werden kann. Mit dem Begriff "Querschnittsinstrument" kann ich persönlich wenig anfangen. Ich nehme an, es bedeutet, dass jede Entscheidungsträgerin und jeder kompetente Verwaltungsangestellte das REK besser kennen muss als z.B. den Veranstaltungskalender. Das REK gibt in allen entscheidenden Phasen, vom Erwerb der Grundstücke, der Planung von Bauprojekten bis zu ihrer Umsetzung nicht nur Auskunft, sondern auch die

Handlung vor. Ich bin dankbar über das REK. Nach gefühlten 100 Aufforderungen vom Einwohnerrat an den Stadtrat, in der Wohnbaupolitik eine aktivere Rolle wahrzunehmen, verlangt jetzt der Stadtrat von uns die Bewilligung. Wir sind froh, dass der Stadtrat sich klar dazu bekennt, das prognostizierte Bevölkerungswachstum zu wollen und zu begleiten. Wir haben Platz für die Menschen, die nach Baden ziehen möchten. Wir sind überzeugt, dass jede neue Einwohnerin und jeder neue Einwohner unsere Gemeinschaft mit ihrem/seinem Potential weiterentwickeln und bereichern wird. Wir haben für mehr als die 6'500 Menschen Platz. Wir sind jedoch auch dafür, sorgfältig einen Schritt nach dem anderen zu machen. Dass die Stadt bis 2040 ca. 6'500 mehr Einwohnende haben wird, wissen wir schon lange. Ich wusste nicht, wohin diese Leute in der Stadt wohnen würden. Jetzt weiss ich es: In den Transformationsgebieten. Wir wissen jetzt auch, wo diese Transformationsgebiete liegen werden, und die erstellte Analyse hat uns verständlich aufgezeigt, dass sie am richtigen Ort sein werden. Wir sind mit der Stossrichtung einverstanden.

Die SP hätte im REK gerne ein explizites Bekenntnis zur Förderung des städtischen Wohnungsbaus für einkommensschwächere Haushalte gehabt, d.h. Mietwohnraum im unteren Preissegment. Die Mieten in der Stadt sind für viele Menschen zu teuer. Wir wollen nicht, dass das langfristig so bleibt. Der Stadtrat soll deshalb mit der Formulierung im Ziel 3: "Im Hinblick auf eine gute altersmässig und sozial gemischte Bevölkerung soll das heutige Wohnungsangebot quantitativ und differenziert ausgebaut werden, mit einem attraktiven und angemessen versorgten Wohnumfeld" genau das ändern. Unser Anliegen ist es, dass der Stadtrat in allen Transformationsgebieten aktiv wird, nicht nur im Brisgi bei der Wohnbaustrategie, die als Gegeninitiative der Stadt zur Initiative der SP geschaffenen Wohnbaustiftung für bezahlbaren Wohn-, Kultur- und Gewerberaum agiert.

Ich bitte den Stadtrat, uns zu erläutern, was er mit "angemessen versorgten Wohnumfeld" meint. Bedeutet es, dass er beabsichtigt, das Angebot an Wohnraum im unteren Preissegment der Nachfrage deutlich anzupassen, also das, worüber wir zum Teil am nächsten Sonntag abstimmen werden? Wenn das so wäre, würden wir uns über das Ziel freuen.

Zum Ziel 1 hat die SP keine Bemerkung, ausser dass wir gespannt sind, wie die Stadt über der Autobahn aussehen sollte.

Beim Ziel 2 freut uns sehr, dass der Stadtrat die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam mit der Region angehen will. Wir hoffen, dass sich das gemeinsame Verständnis der Stärkung unseres Lebensraums bald auch in einer gemeinsamen politischen Führungsstruktur niederschlagen wird. Hier sind wir mit der glp einig.

Das Ziel 4 aus dem REK wurde inhaltlich als Mobilitätskonzept verabschiedet. Die Städteinitiative kommt ursprünglich von der SP. Wir unterstützen auch dieses Ziel, stehen jedoch den angesprochenen Projekten auch teilweise kritisch gegenüber.

Wir unterstützen auch das Ziel 5 klar. Wir sind dankbar, dass uns auch in einer verdichteten Stadt keine Betonwüste droht. Die Limmat fliesst, und der Wald ist nah. Damit das auch in Zukunft so bleibt, braucht es eine Präzisierung zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum, der im Antrag der Grünen im Anschluss folgen wird. Wir unterstützen ihn gerne.

Wir unterstützen somit das REK, so wie es vorliegt.

## **Corinne Schmidlin De Min**

Eine Überdeckung der A1 im Bereich Segelhof, entsiedelte Flächen in der Innenstadt als Klimaanpassungsmassnahme, Coworking Spaces für innovative Neuunternehmer in der Innenstadt und Stadtplätze mit zugeordneten Nutzungsschwerpunkten. Damit sind wir einverstanden. Die Grünen sind sicher, mit dem REK über ein sehr gutes Instrument zu verfügen, das uns schneller zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung führen kann. Wir bedanken uns beim Stadtrat und bei der Verwaltung, vor allem der Fachabteilung Entwicklungsplanung, für die solide, inhaltlich hochwertige und gut strukturierte Arbeit. Wir möchten speziell den Partizipationsprozess erwähnen, bei dem sich die ganze Bevölkerung mehrfach einbringen konnte. Mit dem REK setzt der Stadtrat Leitlinien, welche aufzeigen, wie man mit dem gewünschten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum umgehen und gleichzeitig eine qualitativ gute Innenentwicklung ermöglichen kann. Die Wirtschaft und ihr Wachstum haben im REK einen sehr hohen Stellenwert. Das Thema ist omnipräsent und überflügelt unserer Ansicht nach andere raumbezogene Themen ein wenig. Es ist umso wichtiger, zu betonen, um welches Wachstum es sich handelt und was für ein Wirtschaftswachstum sich die Stadt Baden vorstellt.

In der Zusammenfassung des REK wird vom einem qualitativen und nachhaltigen Wirtschaftswachstum gesprochen. In der politischen Grundhaltung geht es nur um ein quantitatives Wirtschaftswachstum. Das ist nicht das gleiche. Wir sind überzeugt, dass ein Bekenntnis zu einem ausschliesslich quantitativen Wirtschaftswachstum in der momentanen Krise mit Klimawandel und übergrossem Ressourcenverbrauch nicht angebracht ist. Heute ist mindestens ein nachhaltiges oder qualitatives Wirtschaftswachstum gefordert, wenn man überhaupt von einem Wirtschaftswachstum reden will.

Das REK strebt eine nachhaltige Stadtentwicklung an. Dazu gehört auch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, wie in der Agenda 2030 festgelegt wurde; die Agenda für nachhaltige Entwicklung, zu der sich auch die Schweiz bekannt hat. Wir werden deshalb bei der politischen Grundhaltung einen Änderungsantrag stellen.

Das REK hat eine strategische Stossrichtung. Ich kann mir bei den aufgelisteten Handlungsempfehlungen eine schöne, zukunftssträchtige Stadt vorstellen. Das REK ist aber auch ein Sammelsurium von vielen Handlungsempfehlungen, und die Arbeit hat erst begonnen. Es stehen wichtige Nachfolgekonzepte an. Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Es gibt viele Zielkonflikte, welche diskutiert werden müssen. Wir sind dankbar, dass mit der vorliegenden neuen Fassung auch zentrale Massnahmen auf einer Zeitachse dargestellt wurden. Daraus ist ersichtlich, was in nächster Zeit ansteht. Wir hoffen, dass die im REK dargestellten Schritte durchgeführt werden können. Wir finden es toll, dass sich der Stadtrat mit dem REK eindeutig zu einer aktiv gesteuerten Stadtentwicklung bekennt und somit das Heft in die Hand nimmt. Nur wenn er das tut, kann es gelingen, dass wir bald etwas ganz Konkretes anstossen können, und nicht nur ein Papier in Händen halten.

## **Tobias Auer**

Die FDP-Fraktion ist mit dem Konzept grundsätzlich zufrieden. Das Dokument ist verständlich und schlüssig geschrieben. Die strategischen Stossrichtungen und die Gliederung der Handlungsebenen erachten wir als sinnvoll. Alles in allem sind wir mit der politischen Grundhaltung einverstanden. Wir werden jedoch in der Detailberatung eine kleine Änderung beantragen.

Den sechs strategischen Stossrichtungen werden wir zustimmen. Hervorheben möchten wir folgende Überlegungen zu den Zielen 3, 4 und 6:

Zum Ziel 3: Wohnungsangebot:

Das Wohnungsangebot soll mit liberalen Instrumenten, d.h. durch Private, ausgebaut werden. Ineffizienten staatlichen Wohnungsbau lehnen wir ab.

Zum Ziel 4, Mobilität:

Der Verweis auf die möglichen Chancen durch die OASE und die Limmattalbahn für eine effiziente Mobilität erscheint uns zu detailliert für ein 20-jähriges Konzept. Wie im restlichen Konzept hätten wir uns hier eine grössere strategische Flughöhe gewünscht. Unsere Zustimmung zu diesem Ziel ist kein Urteil zu den Grossprojekten OASE und Limmattalbahn.

Zum Ziel 6, Transformationsgebiete:

Die Sicherstellung des öffentlichen Interesses ist – auch im Hinblick auf die bevorstehende BNO-Revision – mit äusserster Vorsicht anzuwenden. Die Planungssicherheit für Grundeigentümer, Investoren und Entwickler ist ein wichtiges Gut und darf nicht willkürlich aufs Spiel gesetzt werden.

Wir sind uns bewusst, dass der Rest des Konzepts viel zusätzliches Diskussionsmaterial mit sich bringt und nur zur Kenntnis genommen werden soll. Wir möchten dennoch darauf hinweisen, dass allfällige strategische Landkäufe auf das Verwaltungsvermögen zu beschränkt sind. Die mehrmals erwähnte Fassadenbegrünung im Zielkonflikt mit möglichen Photovoltaik-Fassaden, z.B. als inhaltlichen Schwerpunkt, fand im vorliegenden REK zu wenig Beachtung.

### **Fritz Bosshardt**

Das team baden ist sehr zufrieden mit dem vorliegenden Regionalentwicklungskonzept REK. Abschnitts- bzw. seitenweise könnte es auch unser Parteiprogramm sein. Wir bedanken uns bei der Verwaltung dafür und für den partizipativen Prozess, der aus unserer Sicht zu einer wesentlichen Verbesserung des Inhalts beigetragen hat.

Wir sind mit der politischen Grundhaltung einverstanden. Wir sind zwar nicht euphorisch bezüglich des Wachstums von Wirtschaft und Gesellschaft, erachten es aber als zwingend, dass wenn es ein Wachstum gibt, dies in gut erschlossenen Räumen passiert. Eine qualitativ hochstehende räumliche Innenentwicklung ist für Baden und vor allem für die Region wertvoll. Mit dem Begriff des quantitativen Wirtschaftswachstums haben wir Mühe. Wir unterstützen deshalb den Antrag der Grünen.

Folgende Punkte erscheinen uns als besonders wesentlich:

- Das Ziel 6, Fokussierung auf die beschriebenen Transformationsgebiete:  
Es erscheint uns wichtig, dass die Stadt hier auf drei Ebenen Einfluss nimmt: Als aktive Grundstücksbesitzerin, die nicht nur ihre bestehenden Immobilien berücksichtigt, sondern auch Land erwirbt, um es zu entwickeln. Hier erwarten wir im Rahmen der BIS eine klarere Strategie.



- Die Stadt muss in Zukunft den informellen und kooperativen Planungsprozess mit Privaten stärker leben, um neue Möglichkeiten für Arealentwicklungen zu schaffen. Wir sind gespannt, was in diesem Zusammenhang im Bereich Oberstadt entstehen wird.
- Die Stadt soll das Instrument "Ausgleich von Planungsvorteilen", wie es das kantonale Baugesetz vorsieht, stärker einsetzen. Damit können Gemeinden Mehrwertabgaben aus Planungsvorteilen erheben, die wiederum im Rahmen der Stadtentwicklung eingesetzt werden können.
- Das zweite wichtige Ziel ist für uns die stadtverträgliche und effiziente Mobilität (Ziel 4). An diesem Ziel ist auch im Fall eines "Austrocknens" des kantonalen OASE-Projekts zwingend weiterzuarbeiten. Die skizzierten kurz- und mittelfristigen Massnahmen sind umzusetzen.

Zur Umsetzung:

Wir sind froh, dass das Kapitel betreffend Umsetzung nach der Vernehmlassung überarbeitet worden ist. Es ist wichtig, dass das REK als Querschnittsdokument und Leitfaden der gesamten Verwaltung dient. Der Stadtrat ist hier als Führungsorgan gefordert.

Die Ressourcen, welche einen wesentlichen Teil zur erfolgreichen Umsetzung darstellen, werden sehr stiefmütterlich behandelt. Letzten Herbst genehmigten wir den 10-jährigen Investitionsplan. Er deckt bereits 50% des Planungszeitraums ab. Es fehlen darin aber die finanziellen Mittel für die Umsetzung eines Grossteils der im REK skizzierten Massnahmen. Wir erwarten vom Stadtrat, dass im nächsten Investitionsplan Ressourcen für REK-Massnahmen eingestellt werden.

### **Karim Twerenbold**

Das Thema Raumentwicklung ist nicht erst seit heute relevant. Bereits im alten Ägypten, also 4000 vor Christus, spielte es eine wichtige Rolle.

Das REK ist ein sehr wichtiges strategisches Führungsinstrument, das der Politik und der Verwaltung zur Verfügung steht, um die Stadtentwicklung positiv zu gestalten. Wir von der CVP möchten das REK und den Prozess, der zum Konzept geführt hat, als Gesamtes würdigen. Es ist für uns klar, fundiert, visionär und gleichzeitig geeignet als Handlungsgrundlage für die BNO und die weitere Stadtentwicklung. Wir danken allen Beteiligten.

Die CVP-Fraktion nimmt wie folgt Stellung:

Wir anerkennen die politische Haltung und stehen dahinter. Wir stehen auch zum Bevölkerungswachstum. Wir wollen aber die Identität bewahren und weiterentwickeln. Wir wollen **der** regionale Standort sein (regionales Zentrum). Wir wollen die Rolle der Regionalstadt beibehalten und sogar stärken.

Grundsätzlich sind wir mit den Schwerpunkten und strategischen Stossrichtungen des REK einverstanden.

Besonders wichtig scheinen uns folgende Punkte:

- Ziel 1:  
Wettbewerbsfähigkeit und Förderung des Wirtschaftsstandorts und ein gutes Angebot von Bildung und Betreuung. Beim Thema Wirtschaftstätigkeit wird v.a. zum internationalen Exportgeschäft Bezug genommen, 65% der Tätigkeit passiert jedoch regional und national. Der Fokus auf unsere KMU ist uns wichtig und darf nicht vergessen werden.
- Ziel 2:  
Wir wollen eine Regionalstadt mit vertiefter Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und guter Erreichbarkeit. Wieso nicht ein gewagtes Ziel setzen? Baden soll bis 2040 zu den zehn grössten Städten der Schweiz gehören. Wir müssen uns bewusst sein, dass sich der Zukunftsraum Aarau schnell und positiv weiter entwickeln wird. Baden wird sonst zwischen dem Metropolitanraum Zürich und dem Zukunftsraum Aarau stehen.
- Ziel 3:  
Den Fokus auf Dättwil, Innenstadt, Oberstadt und Kappelerhof finden wir sinnvoll. Wichtig ist, dass auf alle relevanten Aspekte Rücksicht genommen wird. Den Sorgen, wie z.B. Einfluss auf den Verkehr, soll Rechnung getragen werden.

Ziel muss sein, dass das REK politisch gelebt wird! Das hoffen wir und wünschen wir uns.

Die CVP-Fraktion wird die politische Grundhaltung und die Ziele zu den strategischen Stossrichtungen genehmigen.

### **Tobias Vonesch**

Für uns steht die Erhaltung und die Förderung des Wirtschafts- und Gewerbestandorts Baden an erster Stelle. Das hätte in der politischen Grundhaltung besser hervorgehoben werden sollen. Wir können jedoch mit der politischen Grundhaltung und der strategischen Stossrichtung des REK leben.

Den Rest des Raumentwicklungskonzepts nehmen wir vorerst ohne weitere inhaltliche Anmerkungen zur Kenntnis.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Ich bedanke mich für die intensive Auseinandersetzung mit dem REK und die gute Aufnahme.

Die Erarbeitung des REK dauerte lange. Es nahm viel Zeit in Anspruch, in diesem Papier die Meinungen und Stossrichtungen darzustellen. Es haben viele Mitarbeitende der Verwaltung, beigezogene Spezialistinnen und Spezialisten, die Bevölkerung, das Gewerbe und Besucherinnen und Besucher der Stadt Baden am REK gearbeitet. Es war einzigartig und ein wichtiger Schritt, am Anfang eine Volksbefragung durchzuführen. In einer zweiten Phase gab es eine grosse Beteiligung mit vielen Beiträgen. Der Mitwirkungsbericht, der etwa gleich umfangreich ist wie das REK selber, zeigt es auf. Es gab Veranstaltungen und Initiativen. Der Prozess brauchte die Zeit, um zur Erstellung des vorliegenden Konzepts zu führen. Ihre Stellungnahmen heute Abend haben es gezeigt, auch wenn noch Änderungsanträge gestellt werden.

Sie haben richtigerweise erwähnt, es sei unsere Aufgabe, die Inhalte des REK umzusetzen. Wir sind gefordert, entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen. Wir haben bereits im aktuellen

Aufgaben- und Finanzplan darauf hingewiesen, in Transformationsgebiete investieren zu wollen. Wir werden einen entsprechenden Kredit beantragen. Sie alle werden auch gefordert sein.

Wir haben verschiedene Haltungen zum Grossprojekt OASE gehört. Z.B., dass man bei einem "Austrocknen" der OASE weiter daran arbeiten sollte. Es war nicht von Anfang an geplant, die kantonalen Grossprojekte im REK zu erwähnen. Es wurde jedoch berechtigterweise darauf hingewiesen, dass man nicht ein REK erstellen könne, ohne auf das Projekt OASE, welches zeitgleich geplant ist, Bezug zu nehmen.

Zum Thema Nationalbahnlinie:

Die Erschliessung erscheint uns wichtig. Als Ressortchef Planung/Bau hatte ich einen regelmässigen Austausch mit der SBB. Es gab kein Jahr, in dem das Thema nicht angesprochen wurde und kein Jahr, in dem vom Einwohnerrat kein Vorstoss eingereicht wurde. Das darf man nicht aus den Augen verlieren.

Wir haben aufgezeigt, wie wir das REK in der Verwaltung verankern möchten und werden weiter daran arbeiten. Es wurde auch aufgezeigt, wie der Investitionsbeitrag für das REK aufgewendet wird. Es war eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen der Verwaltung, der Bevölkerung, den Spezialisten und des Einwohnerrats. Wir sind deshalb überzeugt, das Ziel erreichen zu können.

Es wurden die Investitionen in den günstigen Wohnraum angesprochen. Das wird in der Boden- und Immobilienstrategie, welche in der Abteilung Immobilien erarbeitet wird, festgehalten. Sie wird Ihnen vorgelegt, und Sie werden ein Mitspracherecht haben. Zurzeit kann ich jedoch nicht versprechen, dass wir in günstigen Wohnraum investieren und die Mieten entsprechend beeinflussen können. In diesem Sektor spielt der Markt. Wir sind uns bewusst, dass je knapper der Wohnraum ist, desto teurer die Mieten sind. Es liegt also in unserem eigenen Interesse, neuen Wohnraum zu schaffen.

Die gute Aufnahme des REK zeigt, dass die Erarbeitung gut war. Darauf sind wir stolz. Wir alle werden den Beweis der Umsetzung antreten müssen.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Wir starten nun in die Detailberatung.

Ich werde das REK Kapitel für Kapitel durchgehen. Die Personen, die Anmerkungen anbringen möchten, sollen sich bitte melden.

Abschnitt 1, Zusammenfassung

1. Auftrag und Vorgehen
2. Ausgangslage und Inhalt REK
3. Planungsleitbild 2026 und politische Haltung

## **Mark Füllemann**

Tobias Auer hat es angekündigt. Wir haben einen kleinen Antrag zur politischen Grundhaltung. Wir wollten zwar den Vorschlag des Stadtrats übernehmen, nämlich den Begriff "nachhaltig" mit dem Begriff "aktive Stadtentwicklung" koppeln. Das hätte jedoch bedeutet, dass der Stadtrat sich verpflichtet hätte, nachhaltig zu agieren. Das REK ist diesbezüglich nicht ganz kongruent. Im Text wird "nachhaltig" hauptsächlich mit den Zielen verknüpft, nicht mit den Aktionen. Das Ziel heisst "Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum". Es scheint uns sinnvoller, den Begriff "nachhaltig" in der politischen Grundhaltung nach vorne zu verschieben. Deshalb beantragen wir eine Änderung des Textes: "Die Stadt Baden als Kernstadt der Region bekennt sich zu einem nachhaltigen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum."

Bei der Stadtentwicklung wird die inflationäre Verwendung des Begriffs "nachhaltig" strapaziert. Er soll deshalb entfernt werden. Das Wort "nachhaltig" wechselt zur Stadtentwicklung und heisst neu "Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum". Es ist nicht nur das Wirtschaftswachstum, das nachhaltig sein soll, sondern auch das Bevölkerungswachstum. Wir sind uns bewusst, dass "nachhaltig" heute ein Schlagwort ist. Je häufiger es gebraucht wird, desto weniger wissen wir, was es bedeutet. Es ist deshalb wichtig, zu wissen, was im REK unter "nachhaltig" verstanden wird.

Was das Bevölkerungswachstum betrifft, heisst es, die Priorität sei dort zu setzen, wo entweder die Distanzen sehr kurz sind (Fussverkehr), oder, wo der ÖV ausbaufähig ist. Das heisst konkret: Baden Nord, Verenaäcker oder Kappelerhof. Unter Wirtschaftswachstum verstehen wir den Fokus auf diejenigen Firmen, die nachhaltig, d.h. dauerhaft, zufriedene Kunden haben werden, nicht nur heute, sondern auch noch in zehn Jahren. Es sind solche, die grosses profitables Potential haben, die in der Economy 5.0 anzusiedeln sind. Wenn Sie hier einen Unterton "5G" hören, ist er beabsichtigt. Wir werden später im Jahr auf dieses Thema zurückkommen. Die Wirtschaft soll vor allem profitabel wachsen. Sie soll nicht an Arbeitsplätzen wachsen, weil der Verkehr dann zunehmen würde. Wir sollten den Schwerpunkt in Zukunft auf Digitalisierung, auf Potential auf zehn Jahre hinaus, aber nicht auf Arbeitsplätze, setzen. Wenn wir von Mobilität sprechen, ist das Keyword "miteinander". Wenn wir von Klimalösungen sprechen, heisst "nachhaltig" für uns technische Innovation, Kostentransparenz und Markt.

Im Zusammenhang mit der Wohnbaupolitik möchten wir bei der Stadtentwicklung einen klaren Akzent auf Freiraum für Eigeninitiative setzen.

## **Corinne Schmidlin De Min**

Ich habe bereits in meiner Stellungnahme erwähnt, dass wir auch einen Antrag zur politischen Grundhaltung und zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum stellen werden. Was unter nachhaltigem Wirtschaftswachstum zu verstehen ist, wurde definiert. Unter Wirtschaftswachstum in Zeiten des Klimawandels und des übergrossen Ressourcenverbrauchs verstehen wir ein Wirtschaftswachstum, das sich an Nachhaltigkeitsprinzipien ausrichtet, wo man ressourcensparende und innovative Wirtschaftszweige fördert. Der Stadtrat hat selber in der Zusammenfassung Folgendes formuliert: "Das REK dient der Stadt Baden als Führungs- und Lenkungsinstrument für ein qualitatives und nachhaltiges Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum."

Könnte jemand aus dem Stadtrat erklären, was der Stadtrat unter nachhaltigem Wirtschaftswachstum versteht?

Unser Antrag lautet: "Die Stadt Baden als Kernstadt der Region bekennt sich zu einem Bevölkerungswachstum und zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum. Sie strebt eine qualitativ hochstehende Innenentwicklung an und geht die nachhaltige Stadtentwicklung aktiv an." Wir sind der Ansicht, dass man "quantitative" bei "Bevölkerungswachstum" streichen kann.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Wenn ich es richtig verstehe, sollte man nicht nur von einer nachhaltigen Stadtentwicklung sprechen. Wir haben das Wort im ersten Teil, in dem es heisst "quantitatives Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum", eingesetzt, weil eine nachhaltige Stadtentwicklung wichtig ist. Stadtentwicklung bedeutet mehr als nur Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. Im ursprünglich unterbreiteten Antrag von Corinne Schmidlin ist das "nachhaltig" bei der Stadtentwicklung enthalten.

Ich schlage folgenden Wortlaut vor: "qualitatives und nachhaltiges Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum" und "eine nachhaltige Stadtentwicklung". Nach den Voten zu urteilen, glaube ich, wäre dann alles so, wie Sie es wünschen.

### **Corinne Schmidlin De Min**

Was ist ein "qualitatives Bevölkerungswachstum"?

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Es muss heissen: "ein **quantitatives** und nachhaltiges Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum".

### **Corinne Schmidlin De Min**

Unser Vorschlag war, nicht "quantitatives Wirtschaftswachstum" in den Vordergrund zu stellen, sondern ein "qualitatives oder nachhaltiges Wirtschaftswachstum", d.h. ein Wirtschaftswachstum, das sich auch nach anderen Prinzipien richtet und nicht nur nach der Quantität. Unser Anliegen ist ein Wachstum, das die Umwelt berücksichtigt.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Der Vorschlag wäre somit: "Wir bekennen uns zu einem nachhaltigen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, streben qualitativ hochstehende räumliche Innenentwicklung an und gehen die nachhaltige Stadtentwicklung aktiv an."

### **Hansruedi Stauffacher**

Ich finde, dass ein Bevölkerungswachstum schon quantitativ ist. Das "quantitativ" kann man also streichen? Beim Wirtschaftswachstum braucht es Nachhaltigkeit. Die Aussage im nächsten Abschnitt ist, dass man die Stadt aktiv entwickeln will. Die Art und Weise, wie man es machen will, steht im oberen Abschnitt. Man muss nicht noch einmal "nachhaltig" schreiben. Ich hoffe, dass es in aller Sinn ist, sich zum einem Bevölkerungswachstum zu bekennen. Das ist ein Statement. Die Wirtschaft soll nachhaltig wachsen, und man geht die Stadtentwicklung aktiv an.

### **Mark Füllemann**

Ich gehe mit dem Stadtammann einig, dass man den Begriff "nachhaltige Stadtentwicklung" brauchen sollte, weil er auf die Handlungsart der Regierung und der Verwaltung zielt. Vorne sollte das "nachhaltig" für Bevölkerung und Wirtschaft gelten. Es ist ein Mythos, dass die Bevölkerung nur quantitativ wächst. Einen Nachhaltigkeitseffekt gibt es nur, wenn die Bevölkerung nicht ausserhalb wächst. Es muss also ein nachhaltiges Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Stadtentwicklung geben. Mit dieser Änderung sind wir einverstanden.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Ich bin verunsichert. Ich bin der Meinung, dass wir immer noch zwei Vorschläge haben. Wir sollten uns auf einen Vorschlag einigen. Ich habe zwei schriftliche Anträge. Gibt es einen Dritten?

Nun gibt es noch einen dritten Vorschlag von Mark Füllemann. Das Wort "nachhaltig" müsste zwei Mal enthalten sein.

Ich lese den neuen Antrag von Mark Füllemann vor:

"Die Stadt Baden als Kernstadt der Region bekennt sich zu einem nachhaltigen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, strebt eine qualitativ hochstehende räumliche Innenentwicklung an und geht die Stadtentwicklung nachhaltig aktiv an. Neben der Weiterentwicklung als Ort für Wohnen, Arbeit und Freizeit stehen die Wahrung von Identität und Freiraumqualitäten an vorderster Stelle."

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Ich möchte nicht kleinlich sein, aber das "nachhaltig" müsste vor Stadtentwicklung stehen.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Es müsste also heissen: "geht die nachhaltige Stadtentwicklung aktiv an".

Halten die Grünen an ihrem Antrag fest? Dann würde eine Ausmehrung erfolgen.

### **Corinne Schmidlin De Min**

Nein.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Wir stimmen über folgenden Antrag ab: "Die Stadt als Kernstadt der Region bekennt sich zu einem nachhaltigen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, strebt eine qualitativ hochstehende räumliche Innenentwicklung an und geht die nachhaltige Stadtentwicklung aktiv an. Neben der Weiterentwicklung als Ort für Wohnen, Arbeit und Freizeit steht die Wahrung von Identitäten und Freiraumqualitäten an vorderster Stelle."

## **Beschluss**

Dem Antrag wird zugestimmt.

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

4. Strategische Stossrichtung
5. Neue inhaltliche Schwerpunkte

## **Mark Füllemann**

Wir können zu den inhaltlichen Schwerpunkten keine Anträge stellen, nur zu den Zielen. Ich stelle trotzdem die Frage: Welchen Stellenwert haben die Bäder für Baden? Auf der Autobahn von Zürich nach Baden hat es kurz vor Baden ein grosses Schild "Baden – die Bäder und Kulturstadt". Das ist für Touristen eine problematische Aussage. Wenn man diese Botschaft wörtlich nimmt, wird man im REK nicht fündig. Es gibt kein Ziel und keinen inhaltlichen Schwerpunkt "Bäder". Hie und da gibt es eine Erwähnung. Manchmal unter Bäder, manchmal unter Thermen. Der einzige konkrete Hinweis ist so ungefähr: "Wenn wir mal Zeit und Musse haben, wollen wir vielleicht eine Tourismus-Zone analysieren." Das ist für das Thermalwasser, das Potential und die Geschichte von Baden, schlecht. Baden hat eine jahrhundertlange Geschichte als Wellnessort. Seit dem 1. Weltkrieg hat das politische Baden die Bäder bis heute sträflich vernachlässigt. In all diesen Jahrzehnten ist nichts gelaufen. Man hat die Industrie und die Arbeitswelt gefördert und die Bäder vernachlässigt. Wenn Privatinitiativen ergriffen wurden, hat man sie mit Reglementen vereitelt.

Zurzeit werden mehrere Millionen Franken investiert. Es ist offensichtlich keinen inhaltlichen Schwerpunkt wert. Die Lebensgestaltung und die Trends in der Bevölkerung haben sich verändert. Wellness ist heute in der persönlichen Lebensgestaltung sehr wichtig. Entschleunigung wird immer häufiger genannt – Wellness, Kultur und Genuss. Diese Trends werden im REK nicht erklärt und sind nicht zu finden. Ich bin der Ansicht, dass die Bäder es verdienen, wegen der Geschichte und der genannten Trends ins REK aufgenommen zu werden.

Es ist mir bewusst, dass wir das heute dem Stadtrat lediglich als Anregung weitergeben können. Mir ist das zu wenig. Ich habe deshalb gestern ein Postulat eingereicht mit folgendem Inhalt: Der Stadtrat solle prüfen, wie das Thema Bäderstadt als zehnten inhaltlichen Schwerpunkt ins REK eingeführt werden kann. Ich habe auch Handlungsempfehlungen angegeben. Ich verzichte hier auf weitere Erklärungen. Sie werden das Postulat erhalten.

## **Markus Schneider, Stadtammann**

Ich bin der Ansicht, mit den Legislaturzielen, den Jahreszielen, den Stossrichtungen und dem jahrelangen Engagement in den Bädern, die Bäder nicht vernachlässigt zu haben. Wir sind uns bewusst, dass wir die Bäder weiterentwickeln müssen. Wir werden es tun, auch wenn es nicht im REK festgehalten ist. Wir werden das Postulat selbstverständlich prüfen, wenn Sie uns den Auftrag dazu erteilen. Das Bewusstsein über die Bedeutung der Bäder und Thermalquellen für die Stadt Baden ist absolut vorhanden.

## **Karim Twerenbold**

Gehen wir eigentlich Kapitel für Kapitel durch? Wir müssen heute doch lediglich über die politische Grundlage und über die sechs Stossrichtungen entscheiden. Den Bericht müssen wir nur zur Kenntnis nehmen.

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Voten sind möglich, Anträge jedoch nicht.

Da niemand mehr ein Votum zum inhaltlichen Schwerpunkt, den räumlichen Handlungsebenen und grundsätzlich zum Vorgehen hat, kommen wir zur Abstimmung.

## **Beschluss**

1. Im Raumentwicklungskonzept REK Stadt Baden 2040 werden genehmigt:
  - 1.1 die politische Grundhaltung

"Die Stadt Baden als Kernstadt der Region bekennt sich zu einem nachhaltigen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, strebt eine qualitativ hochstehende räumliche Innenentwicklung an und geht die nachhaltige Stadtentwicklung aktiv an. Neben der Weiterentwicklung als Ort für Wohnen, Arbeit und Freizeit stehen die Wahrung von Identitäten und Freiraumqualitäten an vorderster Stelle."
  - 1.2 die Ziele zu den strategischen Stossrichtungen  
(siehe Kapitel 4, Seiten 12, 14, 16, 18, 21, 23)
2. Der Rest des Raumentwicklungskonzepts REK Stadt Baden 2040 wird zur Kenntnis genommen.

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

In der Pause hat Michael Staubli mich gebeten, Werbung für das "One of a Million-Festival" zu machen.

Nächsten Freitag fängt das Festival an. Es feiert das 10-jährige Jubiläum. Die Mitglieder des Einwohnerrats sind um 17.30 Uhr im E-Punkt zum Apéro eingeladen.



**4. Motion Steven Van Petegem vom 1. August 2019 betreffend Anpassung Energiekonzept 2017 - 2026 an die Anforderungen des Pariser Klimaabkommens (35/19); Anträge auf Überweisung, Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung sowie Teilrevision Energiekonzept 2017 - 2026**

**Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Das geplante Vorgehen ist wie folgt:

Zuerst die Stellungnahme durch den Motionär, danach die Detailberatung und dann die Abstimmung.

**Steven Van Petegem**

Ende 2015 haben 195 Länder, darunter auch die Schweiz, sich auf ein rechtsverbindliches, weltweites Klimaschutzübereinkommen geeinigt. Eines der Ziele ist es, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad gegenüber den vorindustriellen Werten zu begrenzen. Nur so lassen sich schlimmere und teure Auswirkungen verhindern.

Anfang 2017 wurde das Energiekonzept 2017 - 2026 vom Einwohnerrat genehmigt. In diesem Konzept wird das Pariser Abkommen nur am Rand erwähnt. Dies merkt man auch in der Zielsetzung: eine 1-Tonnen-CO<sub>2</sub>/2000 Watt-Gesellschaft bis 2100.

In der Zwischenzeit hat sich aber vieles verändert. Das Thema Klimaänderung ist bei der breiten Bevölkerung endlich angekommen: Klimastreik und Flugscham sind Alltagswörter geworden. Es gibt unzählige Zeitungsartikel zu diesem Thema, und in den Kinos laufen Klimadokus.

Ende 2018 gab es einen Sonderbericht des Weltklimarats IPCC. Darin wird der wissenschaftliche Kenntnisstand zu den Folgen von 1,5 Grad globaler Erwärmung beschrieben. Ebenso stellt der Bericht dar, wie die Emissionen gesenkt werden müssen, um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. Spätestens seit diesem Bericht sollte allen klar sein, was wann zu tun ist. Genau das möchten wir mit dieser Motion erreichen: Die Stadt dazu bewegen, mit dem Klimaschutz richtig vorwärts zu machen. Kurz nach dem Einreichen dieser Motion hat der Bundesrat für die ganze Schweiz genau das gleiche Ziel gesetzt. Also jetzt sind wir in Baden dran!

Wir begrüßen es, dass der Stadtrat gleicher Meinung ist. Wir sind einverstanden mit dem vorgeschlagenen Weg. Konkret heisst das, viele der schon beschriebenen Massnahmen müssen mit erhöhter Dringlichkeit umgesetzt werden. Aber nicht alle. Manche Massnahmen machen wenig Sinn und sollten gestrichen werden. Zum Beispiel die Massnahme, welche im Unterkapitel C6.2 beschrieben ist, die besagt, dass Ölheizungen durch Erdgasheizungen ersetzt werden sollen. Ich glaube, solche Lösungen sind nicht sinnvoll und müssen dringend ersetzt werden.

Nächstes Jahr werden wir beim Energiekonzept schon beim verpflichtenden Zwischenziel sein. Wir sind gespannt auf den Zwischenbericht, die neuen Massnahmen und die neuen Ziele für 2026 bis 2031.

Wir danken dem Stadtrat und dem Energiekoordinator für die schnelle Bearbeitung dieser Motion. Wir hoffen, dass es bei der Umsetzung auch so schnell vorwärtsgehen wird.

## **Adrian Gräub**

Der Stadtrat hat es eilig. Er beeilt sich, ein "grünes Mäntelchen" anzuziehen. Wir können es uns nicht anders erklären. Das Energiekonzept wurde geändert, obwohl die Motion noch nicht überwiesen worden war. Das Konzept ist gültig und noch nicht so alt. Es wird jedoch auf der ideologischen Überholspur überarbeitet. Das ist für die SVP nicht nachvollziehbar. Was aufhorchen lässt, ist, wie der Stadtrat die Netto-Null-Emissionen erreichen will, in erster Linie mit Massnahmen mit einer erhöhten Dringlichkeit. Zusätzlich sollten neue Massnahmen ergriffen werden. Von Kostenangaben natürlich keine Spur. Auch bei der Liste der Einflussmöglichkeiten überschätzt sich der Stadtrat wahrscheinlich. Selbst, wenn wie angedroht, einige Sensibilisierungen gemacht würden, wäre es schwierig und eher nachteilig für den Stadtrat, wenn er sich ein enges Korsett auferlegen würde.

Ein Beispiel: Wie soll sich der Stadtrat für eine bessere Zuganbindung an den Flughafen Zürich einsetzen? Er müsste eigentlich dagegen sein, weil Fliegen per se schädlich ist.

Aufgrund dieser überhasteten Überarbeitung und dem nicht durchdachten Konzept, wird die SVP weder der Motion noch dem Konzept zustimmen.

## **Thomi Bräm**

Die CVP überweist die Motion Steven Van Petegem vom 1. August 2019, und wir genehmigen die Teilrevision des Energiekonzepts.

Wie bereits in den klimapolitischen Vorstössen im letzten halben Jahr postuliert, wollen wir mit der Überweisung der Motion die Badener Behörden und die Regionalwerke AG Baden dabei unterstützen, ihre Aktivitäten und Projekte im Sinn des Pariser Klimaabkommens ausrichten zu können. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau des Fernwärmenetzes. Wir erachten die Forcierung und den Ausbau der erneuerbaren Fernwärme und Fernkälte als eine wichtige Herausforderung für die Zukunft. Es müssen weitere Massnahmen entwickelt werden, beispielsweise die Intensivierung der Gebäudehüllensanierungen.

Die Stadt Baden soll sich zukünftig am Ziel des Pariser Klimaabkommens ausrichten und ihren Beitrag leisten. Man muss sich als Stadt bewegen, um das neue Ziel zu erreichen. Konkret: Erneuerbare Energien müssen gefördert werden.

## **Fiona Hostettler**

Die glp unterstützt selbstverständlich die Anpassung der Ziele im Badener Energiekonzept an die Pariser Klimaziele und auch die Verpflichtung, welche die Schweiz in der Zwischenzeit ebenfalls eingegangen ist.

Ich möchte der SVP Folgendes mitteilen:

Es ist nicht richtig, dass das Energiekonzept auf der ideologischen Überholspur überarbeitet worden ist. Die Schweiz hat sich bereits 2015 zum Pariser Abkommen bekannt. Es ist eigentlich tragisch, dass man erst heute, unter dem Druck demonstrierender Kinder, auf die Idee kommt, dass man sich damit befassen könnte.

Wir finden einige der im Konzept genannten Massnahmen auch bedenklich. Wir haben, wie der Motionär, auch Bedenken über einige der im Konzept beschriebenen Massnahmen. Uns ist

auch der Ersatz von Ölheizungen durch Erdgasheizungen ins Auge gestochen. Ich zitiere aus dem Bericht des Stadtrats: "Der rasche Ausbau von erneuerbaren Fernwärme- und Fernkältenetzen ist von grosser Bedeutung für die Erreichung der Ziele 2050." Wir sind soweit einverstanden. Das haben wir bereits in der letzten Sitzung diskutiert. Es freut mich, dass sich der Stadtrat dazu bekannt hat.

Der nächste Satz lautet: "Dabei ist eine Abstimmung mit dem abnehmenden Gasabsatz und der entsprechenden strategischen Planung notwendig." Ich habe berufsbedingt ein sensibles Gespür für solche "schwammigen" Sätze und was sich dahinter noch verbergen könnte. Was heisst konkret "Die Abstimmung mit dem abnehmenden Gasabsatz"? Die Frage richtet sich an den Stadtrat. Heisst es, man müsste zu viele finanzielle Einbussen in Kauf nehmen? Heisst es, man müsste ihn gegenüber dem Erreichen der Klimaziele priorisieren? Will man eine Balance erreichen? Was versteckt sich genau hinter diesem Satz? Ich wäre dankbar für eine Klarstellung.

Der Stadtrat hat im Bericht ausserdem die zusätzlichen Möglichkeiten in seinem Einflussgebiet genannt. Unter Verkehr ist die Strategie Elektromobilität aufgelistet. Einige von Ihnen erinnern sich vielleicht, dass ich noch als Nichtmitglied des Einwohnerrats einen Antrag zum Thema Ladestationen in Baden stellte. Ich nehme zurzeit, zumindest öffentlich, noch keine Strategie Elektromobilität wahr. Philippe Ramseier wollte mit einigen Initiativen das Thema vorwärtsbringen, diese wurden jedoch 2016 vom Stadtrat abgeblockt.

Man sollte als Einwohnerin und Einwohner von Baden wissen, ob man die Anschaffung eines neuen Fahrzeugs mit fossilem Antrieb verantworten kann oder nach einer Alternative suchen sollte. Bei einem anderen Antrieb muss ich die Möglichkeit haben, es zu laden. Das ist zurzeit in den öffentlichen Parkhäusern noch nicht möglich.

Wir werden den Anträgen des Stadtrats zustimmen, wären aber froh um Berücksichtigung der genannten Hinweise.

## **Benjamin Steiner**

Das team baden unterstützt die Motion von Steven Van Petegem. Wir sind mit der Antwort des Stadtrats insofern zufrieden, als die Ziele des Pariser Abkommens in das Energieleitbild übernommen werden, d.h. genau genommen bleibt das Energieleitbild unverändert. Es wird ein neues Datum eingesetzt für das Netto-Null CO<sub>2</sub>. Dazu ist mir spontan eine Ihnen bekannte Geschichte eingefallen. Ende 2017 wurden vier Metzger eines grösseren Badener Warenhauses zu Geldstrafen verurteilt, weil sie in 3'920 Fällen das Ablaufdatum von Fleischpackungen überklebt und so die Haltbarkeit frisiert hatten. Der Richter hielt während der Urteilsverkündung fest, was Baden sich auch hinter die Ohren schreiben sollte: Wer ein Produkt unverändert übernimmt, und lediglich das Datum ändert, macht sich des Betrugs und der Urkundenfälschung schuldig. Das kann man so stehen lassen. Ich dichte der Stadt selbstverständlich nicht an, sie hätte betrogen, jedenfalls nicht in 3'000 Fällen. Ich finde es jedoch erwähnenswert. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir mit der Genehmigung dieser Teilrevision heute Abend vorübergehend einen Etikettenschwindel produzieren, weil das Ziel Netto-Null bis 2050 sich mit den aktuellen Massnahmen schlicht nicht erreichen lässt. Das, was von Steven Van Petegem, Fiona Hostettler und etliche Male von mir gesagt wurde, wird mittlerweile zu einem "ceterum censeo". "Ceterum censeo U1 esse delendam". Das Unterziel U1 mit den Erdöl- und Erdgasheizungen ist eine klimapolitische Fehlzündung und hat im Energieleitbild nichts verloren. Spätestens bei der Verschärfung der Zielwerte nächstes Jahr müssen wir es streichen.

Abgesehen von diesen Bemerkungen werden wir drei Mal ja sagen zu den Anträgen des Stadtrats.

### **Michael Brandmaier**

Die FDP nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt der Überweisung und Abschreibung dieser Motion zu.

Es ist zwar richtig, dass die Lösungen für Netto-Null CO<sub>2</sub> im 2050 nicht im Detail geklärt worden sind, bevor das Energiekonzept angepasst wurde. Die grundsätzliche Idee der Zielerreichung geht aber in keiner Art und Weise hervor. Die Unterziele und Massnahmen wurden nicht angepasst. Wir hätten erwartet, dass bei den Unterzielen entsprechende Hinweise zur Zielerreichung folgen. Auslandslösungen und Scheinlösungen lehnen wir ab. Stattdessen soll auf ökonomisch und ökologisch effiziente Massnahmen gesetzt werden, wenn möglich lokal. Wir müssen sie finanzieren können, und sie sollen viel bieten. Auf Neudeutsch: "The biggest bang for the buck". Das Postulat Auer/Rhinisperger zielt genau in diese Richtung.

Das Energiekonzept läuft noch bis 2026. Eine Änderung ohne die erwähnten Hinweise ist heute nicht angebracht.

Der Teilrevision werden wir grossmehrheitlich nicht zustimmen.

### **Georg Gindely**

Wir von der SP unterstützen sowohl die Motion wie auch den dazugehörigen Bericht des Stadtrats. Wir finden das Vorgehen sehr pragmatisch und zielgerichtet. Es ist richtig, dass das Ziel 2050 CO<sub>2</sub>-Neutralität und eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf Netto-Null erreichen will. Die Stadt Baden kann nicht abseits stehen und so tun, als wäre sie eine Insel. Es ist gut, dass der Stadtrat nicht bei Netto-Null anfangen muss, sondern von einem Konzept ausgehen kann. Wir finden das gewählte Vorgehen pragmatisch. Der Stadtrat will die Ziele weiterhin beibehalten, aber wenn möglich neu ausrichten. Wir werden die Zwischenberichte genau prüfen.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Es ist unbestritten, dass man den Bericht anpassen muss. Die Frage ist, wie wir das angehen wollen. Sollen wir das Energiekonzept mit dem alten Ziel so stehen lassen, oder sollen wir das Ziel der Motion anpassen? Wir haben uns für den pragmatischen Weg entschieden. Wir sind überzeugt, dass es weitere Massnahmen, neue Massnahmen und eine Verschärfung von Massnahmen braucht. Die Zeit war zu kurz für eine vollständige Überarbeitung des Konzepts. Wir brauchen Zeit, um in diese Richtung weiterzuarbeiten.

Das Thema Gas haben wir bereits in Zusammenhang mit anderen Vorstössen behandelt. Das Problem ist das Ersetzen einer Ölheizung durch eine Gasheizung. Wir wollen nicht hetzen, schon gar nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Wir sind der Ansicht, dass man Fernwärme und Fernkälte fördern sollte. Wir werden auch einen Vorstoss betreffend Photovoltaik in Kürze beantworten und uns in diese Richtung weiterentwickeln. Wir werden neue Massnahmen ergreifen müssen. Da der alte Kredit für die Umsetzung des Energiekonzepts ausgeschöpft ist, müssen wir erneut einen Kredit beantragen.

Der Stadtrat bittet Sie, der Motion, wie beantragt, zuzustimmen.

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Gibt es noch Voten oder Anträge zu den einzelnen Kapiteln?

### **Beschluss**

1. Die Motion Steven Van Petegem vom 1. August 2019 betreffend "Anpassung Energiekonzept 2017 - 2026 an die Anforderungen des Pariser Klimaabkommens" wird überwiesen.
2. Die Motion wird nach Kenntnisnahme vom vorliegenden Bericht als erledigt abgeschlossen.
3. Die Teilrevision des Energiekonzepts 2017 - 2026 wird genehmigt.
  
5. **Motion Alex Berger und Mitunterzeichnende vom 20. August 2019 betreffend "20 Tage Vaterschaftsurlaub" (36/19); Anträge auf Nichtüberweisung und Änderung Personalreglement**

### **Alex Berger**

Herzlichen Dank für die schnelle Bearbeitung unserer Motion und des vorliegenden Gegenvorschlags.

Die in der Motion verlangte Bezugszeit von einem Jahr für den Vaterschaftsurlaub erlaubt eine grössere Flexibilität in der Planung der Zeit für die frischgebackenen Eltern. So kann beispielsweise der Vater der Mutter einen besseren Einstieg ins Berufsleben erlauben, wenn er in den ersten paar Wochen das Baby hütet. Nichtsdestotrotz finden wir auch die vorgeschlagenen sechs Monate Bezugszeit im Gegenvorschlag des Stadtrats gut und begrüßen die vorgeschlagene Änderung des Personalreglements.

Wir bedanken uns im Voraus für die Unterstützung des Gegenvorschlags.

### **Margreth Stambach**

Wir Grünen Baden stimmen der Änderung des Personalreglements und der Abschreibung der Motion zu. Mit der Erhöhung des Vaterschaftsurlaubs von 10 auf 20 Tage zeigt sich die städtische Verwaltung als moderne, familienfreundliche Arbeitgeberin und übernimmt als Zentrumsstadt eine Vorbildrolle. Die Mehrkosten sind vertretbar. Wir freuen uns, dass die Umsetzung des Anliegens so rasch aufgenommen und ausgeführt wurde.

### **Antonia Stutz**

Wir sind nicht begeistert. Wären wir alle Aktionäre des Unternehmens Stadt Baden, könnten wir der Motion vorbehaltlos zustimmen, da es unser eigenes Geld wäre. Wir verfügen aber über Steuergelder, die nicht nur wir in diesem Saal einzahlen, sondern viele andere Menschen. Diese Leute kommen nicht in den Genuss des Vaterschaftsurlaubs. Es kann nicht sein, dass das Personal der Stadt Baden privilegiert wird. Das letzte Mal war es das BVG. Ich bin selber Mutter und finde Vaterschaftsurlaub gut. Wir können jedoch nicht über die vom Bund vorgesehenen

10 Tage hinausgehen. Das würde dazu führen, dass das Personal der Stadtverwaltung Baden auf Kosten der Steuerzahlenden bevorzugt behandelt würde.

Aus diesem Grund sind wir von der FDP dagegen.

### **Daniel Glanzmann**

Am 22. Oktober 2019 bewilligte der Einwohnerrat jährlich wiederkehrende Ausgaben von CHF 121'225. Dieser Betrag war für zusätzliche Sparbeiträge an die 2. Säule für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, also eine ausserordentliche Lohnerhöhung.

Nur drei Monate später ist schon wieder ein Antrag für eine Lohnkostensteigerung auf der Traktandenliste.

Optima und Budgetkommission sind vergessen, sparen in weite Ferne gerückt.

Wir stimmen deshalb der Nichtüberweisung dieser Motion zu und lehnen die Änderung des Personalreglements ab. Unsere Stadt wird auch ohne diese Lohnkostensteigerung eine sehr gute Arbeitgeberin bleiben.

### **Nadia Omar**

Eltern zu werden, ist ein richtiger Schock! Und ganz sicher Stress. Ein kleines Baby weint und schreit ständig. Wie schafft man es, es zu beruhigen? Wie wickelt man es? Und, wie badet man es? Vater und Mutter stellen sich ganz viele Fragen. Das Einzige, was hilft, ist Routine und das gegenseitige Kennenlernen zwischen Baby und Eltern. Ausserdem sind die Techniken von Mama und Papa nicht immer die gleichen. Es kann sein, dass das Baby bei der Mama im Arm besonders ruhig ist, beim Papa aber eher singen und wiegen hilft. Es ist deshalb enorm wertvoll, voneinander zu lernen und zu profitieren. Das geht jedoch nur, wenn der Papa wirklich anwesend ist, um das neue Familienmitglied intensiv kennenzulernen. So hat die Mama auch mal Zeit, um zu schlafen. Mütter sind in dieser Zeit meistens übermüdet.

Wir danken in dem Sinn dem Stadtrat für die positive Aufnahme dieser Motion. Die Stadt soll eine moderne Arbeitgeberin sein. So wird sie es ein wenig mehr. Es lohnt sich für alle Seiten. Sicher ist, dass es keine "Lex Sandmeier" mehr wird. Es gibt jedoch viele andere werdende Väter in der Stadt, die sich über den Vaterschaftsurlaub freuen würden.

### **Fiona Hostettler**

Es wurde gesagt, dass das "Zückerli" nicht etwas sei, was dazu führen würde, dass die Stadt attraktiver für potentielle Arbeitnehmer werden würde. Ich möchte entgegen: 1 1/2 Mal im Leben eines Mannes – dem zuzustimmen wäre keine Tragödie.

Die glp wird den Anträgen zustimmen und stellt sich damit hinter die Verdoppelung des Vaterschaftsurlaubs in der Stadtverwaltung Baden. Wir dürfen uns aber keine Illusionen machen. Ob zwei oder vier Wochen würde langfristig für die Gleichstellung der Frauen in diesem Land keinen Unterschied machen. Es wäre trotzdem ein Schritt in die richtige Richtung. Die glp würde einen gleich langen Elternurlaub für Frauen und Männer befürworten. Wir würden es nicht in Salami-taktik machen, aber konzeptionell wäre es das, was wir brauchen.

Ein Hinweis für die Personalpolitik der Stadt Baden: In Gleichstellungsfragen würden proaktiv Teilzeitstellen für Frauen und Männer sicherlich mehr bringen als ein paar Tage mehr Vaterschaftsurlaub. Und seht bitte zu, dass Teilzeitarbeit auch in verantwortungsvollen Positionen ermöglicht wird, egal welches Geschlecht. Letztendlich erhält man dadurch für alle Beteiligten bessere Resultate.

### **Simon Binder**

Nadia Omar hat geschildert, welche Vorteile es hat, als Vater präsent zu sein. Wenn ein Kind auf die Welt kommt, ist es selbstverständlich eine Starthilfe. Es ersetzt jedoch nicht die langfristige Unterstützung der Partnerin. Zum Kostenaspekt ist zu sagen, dass immer mehr Unternehmen über das gesetzliche Minimum beim Vaterschaftsurlaub gehen. 12 Wochen ist extrem, aber 10 Tage ist Standard. Es ist national eine Lösung für einen 10-tägigen Vaterschaftsurlaub aufgegleist. Wahrscheinlich wird ein Referendum zustande kommen, was die Umsetzung leider um ein Jahr verzögern wird. Ich bin überzeugt, dass die Bevölkerung dem 10-tägigen Vaterschaftsurlaub zustimmen wird. Das würde für die Stadt Baden bedeuten, dass sich die Kosten im Vergleich zu heute nicht verändern würden. 80% der 10 Tage wären gedeckt, d.h. für die Stadt ist die Umsetzung dieser zehn zusätzlichen Tage praktisch kostenneutral.

Das bewegt uns dazu, der Überweisung der Motion zuzustimmen.

### **Adrian Humbel**

Beim vorherigen Traktandum haben wir über die Vorgaben des Bundes im Energiegesetz diskutiert. Diese sollen wir in Baden sofort übernehmen. Der Bund hat 10 Tage Vaterschaftsurlaub vorgegeben. Ich begreife nicht, dass Baden es bei diesem Thema anders machen muss.

In diesem Saal hat es viele Eltern mit kleineren Kindern als meine. Ich kann Ihnen versichern: Als meine Kinder mich am meisten brauchten, waren sie nicht drei oder fünf Monate, sondern 14, 15 oder 16 Jahre alt. Sie befanden sich also in der Pubertät. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen, wenn Ihre Kinder in dieses Alter kommen werden.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Die Haltungen wurden vom Einwohnerrat relativ klar kundgetan. Es gibt verschiedene Argumente dafür und dagegen. Es gab Sparmassnahmen, welche wir jedoch nicht anhand einer Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs beurteilen sollten, sondern anhand der Rechnung, des Budgets und der Finanzplanung.

Bei der erwähnten Abstimmung des Bundes wird vermutlich das Referendum zustande kommen. Demnach würden 80% gezahlt. Es gibt zwei Sichtweisen: Wir bleiben bei 10 Tagen Vaterschaftsurlaub, und der Bund zahlt 80% davon. Das hielten wir nicht für den richtigen Weg. Wir sind eine moderne familienfreundliche Arbeitgeberin. Wir übernehmen die Vorgaben des Bundes und sparen nicht. Andere Gemeinden haben auch 20 Tage Vaterschaftsurlaub eingeführt. Ich bin überzeugt, dass andere Arbeitgeber es uns gleich tun werden.

Ich bitte Sie, im Sinn einer familienfreundlichen modernen Arbeitgeberin der Vorlage zuzustimmen. Es kommt den jungen Familien zugute. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung.

## **Beschluss**

1. Die Motion Alex Berger und Mitunterzeichnende vom 20. August 2019 betreffend "20 Tage Vaterschaftsurlaub" wird nicht überwiesen.
2. § 47 Abs. 3 des Personalreglements wird per 1. Januar 2021 wie folgt geändert:

"Väter und Partnerinnen oder Partner mit elterlicher Sorgepflicht haben Anspruch auf einen bezahlten Urlaub von 20 Arbeitstagen innerhalb von sechs Monaten ab Geburt."

## **6. Motion Alex Berger vom 1. Oktober 2019 betreffend zeitgemässe flächendeckende Bewirtschaftung öffentliche Parkplätze (48/19); Antrag auf Überweisung**

### **Alex Berger**

Es ist Zeit, unsere öffentlichen Parkplätze zeitgemäss und flächendeckend zu bewirtschaften und das Parkierungsreglement der Stadt Baden aus dem Jahr 1988 sowie die Gebührenverordnung zu überarbeiten, weiterzuentwickeln und anzupassen. Gemäss der rechtlichen Grundlage ist das dauernde Abstellen von Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen, Plätzen und anderen Verkehrsanlagen in der Zone 2 gebührenpflichtig, in der Zone 3 unentgeltlich. Die öffentlichen Strassen im Meierhof, in der Allmend, in Teilen des Quartiers Limmat rechts und im Kappelerhof werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Im Martinsberg und an anderen Orten ist das nicht der Fall. Die Parkplatzgebühr für sämtliche Fahrzeuge ist, egal ob Motorrad oder Wohnwagen, gleich, aber je nach Subzone unterschiedlich. Das in die Jahre gekommene, ein wenig verstaubte Parkierungsreglement wie auch die Gebührenverordnung sollen überarbeitet werden und dem heutigen Mobilitätsgedanken entsprechen, sodass parkieren auf öffentlichem Grund in der Stadt Baden zeitgemäss wird. Zudem ist zu überprüfen, ob und wo Parkplätze zur Erhöhung der Sicherheit und zur Einschränkung des Parkraumangebots markiert werden sollen.

### **Sarah Wiederkehr**

Die CVP überweist den Vorstoss. Wir haben heute Abend mehrmals positive Voten zum Verfahren beim Erstellen oder Überarbeiten neuer Reglemente gehört. Es soll ein breit abgestütztes Verfahren sein, damit es bereits beim ersten Mal im Einwohnerrat mehrheitsfähig sein kann. Wir würden eine breit abgestützte Überarbeitung (zusammen mit Quartiervereinen, city com, Anwohnenden etc.) des vorliegenden Reglements begrüßen, damit wir einem eher heiklen Thema wie dem Parkierungsreglement, das unter Umständen für Widersprüche sorgen könnte, Rechnung tragen können. Im Vorstoss betreffend Mobilitätsreglement heisst es, das Parkierungsreglement werde zurzeit überarbeitet. Vielleicht gibt dieser Umstand dem Parkierungsreglement Rückenwind. Die Motion wäre unter Umständen nicht notwendig gewesen.

### **Stefan Jaecklin**

Einiges, was in dieser Motion geschrieben steht, ist grundsätzlich richtig. Wir sind uns alle einig, dass es "nicht Aufgabe der Gemeinde ist, unbeschränkt auf öffentlichem Grund dauernd Gratisparkplätze zur Verfügung zu stellen."



Das allein genügt jedoch nicht, die geforderte flächendeckende Bewirtschaftung zu fordern. Ob in diesem oder in anderen Fällen müssen wir uns immer die Frage stellen: Brauchen wir wirklich neue Regeln? Das hängt im Wesentlichen von zwei Fragen ab, welche man mit ja beantworten müsste:

1. Gibt es wirklich ein Problem?
2. Fehlen heute die Mittel zur Lösung des Problems?

1. Gibt es wirklich ein Problem?

In den inneren Stadtzonen, wo der Raum knapp ist, sind Parkplätze gebührenpflichtig. In den anderen Zonen, wo Parkraum weniger knapp ist, werden keine Gebühren verlangt. Diese heutige Differenzierung ist sinnvoll. Stellt es wirklich ein Problem dar, dass Einwohnerinnen und Einwohner dort, wo es genügend Platz gibt, nichts fürs Parkieren bezahlen? Auch wenn Einzelne dies ausnützen, genügt das als Grund, die grosse Mehrzahl der Einwohnerinnen und Einwohner "abzustrafen"? Wir glauben nicht, dass wir hier ein ernsthaftes Problem haben.

2. Fehlen heute die Mittel zur Lösung des Problems?

Wenn Parkprobleme entstehen, kann die Stadt bereits heute eingreifen, was sie – wo notwendig – auch tut. Die Stadt hat also die Mittel, um einzugreifen. Wir reden hier nur von Kosten. Verbote werden ohnehin anderswo geregelt.

Wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben es durchaus in der Hand, eine Welt zu schaffen, wo jedes einzelne Detail geregelt ist. Aber wollen wir das wirklich? Ist es sinnvoll, Freiheiten einzuschränken, wo es keine wirklichen Probleme gibt oder Lösungswege existieren?

Lassen Sie uns doch, unserer Freiheit zuliebe, nur dort eingreifen, wo es notwendig ist. Aus diesem Grund lehnt die FDP grossmehrheitlich diese Motion ab.

### **Christoph Perrin**

Grundsätzlich scheinen für diese Motion, fundierte und gute Abklärungen gemacht worden zu sein. Die Frage sollte sein: Weshalb ist es überhaupt so weit gekommen, dass so viele Pendler offenbar auf Strassen parkieren? Auf der einen Seite wollen wir Arbeitsplätze schaffen und ein attraktiver Wirtschaftsstandort sein, und auf der anderen Seite wollen gewisse Kreise den motorisierten Individualverkehr aus der Stadt verbannen.

In dieser Motion hat es einen entscheidenden Satz. Der letzte Satz zeigt den eigentlichen Grund für diese Motion, nämlich den Abbau der Parkplätze.

Deshalb empfiehlt die SVP Baden, die Motion nicht zu überweisen und den Status Quo zu belassen.

### **Matthias Gotter, Stadtrat**

Wir arbeiten an einem Parkierungsreglement, das immerhin schon 32-jährig ist und leicht Staub angesetzt hat. Die Mobilität hat sich in den letzten 32 Jahren verändert. Die Tür zur Überarbeitung des Reglements war schon offen, und die Verwaltung arbeitete schon daran, als Alex

Berger den Fuss in die Tür gestellt hat. Das ist legitim. Es gibt jetzt auch einen zeitlichen Rahmen. Es wird jetzt priorisiert. Ich vermute, dass Sie, unabhängig, ob die Motion überwiesen wird oder nicht, im Lauf dieses Jahres über das Parkierungsreglement befinden werden.

Das Parkierungsreglement regelt grundsätzlich die Benützung des öffentlichen Raums für das Parkieren. Das sind die Kosten für das Parkieren im öffentlichen Raum. Das ist eine Analogie zum Reglement Benützung des öffentlichen Raums, welches wir vor zwei Jahren diskutiert haben. Dort steht, dass die Benützung des öffentlichen Raums in der Innenstadt, aber auch in den äusseren Quartieren, kostenpflichtig ist. Wir kennen das von Laternengebühren in einer ausgeschriebenen Zone. Es ist sinnvoll, das Reglement im Hinblick auf die unterschiedliche Sicht dieser Zonen zu überarbeiten.

Um es vorweg zu sagen, in diesem Reglement werden Gebühren auf öffentlichem Raum reglementiert, und nicht dort, wo ein Parkplatz steht. Es ist in der Kompetenz der Exekutive, Parkverbotszonen zu bestimmen. Wie hoch die Kosten für den Bau wären, würde im Reglement festgelegt. Ich möchte keine falschen Hoffnungen wecken. Ich werde nicht mit dem Plan eines Parkplatzes kommen, welcher an der Strasse xy entstehen soll. Diese Erwartungshaltung muss ich entschärfen.

Wir empfehlen Ihnen, die Motion zu überweisen.

### **Adrian Humbel**

Wäre es nicht besser gewesen, den Vorstoss als Prüfauftrag und nicht als Motion einzureichen? Ein Prüfauftrag würde bedeuten, daran arbeiten zu können und eine Vernehmlassung zu machen. Dem könnten wir zustimmen. Wären Sie bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln?

### **Alex Berger**

Ich weiss nicht, wie sinnvoll es wäre, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der Stadtrat hat gesagt, dass bereits an einer Änderung des Reglements gearbeitet wird. Deshalb würde ich an der Motion festhalten.

### **Matthias Gotter, Stadtrat**

Zur Frage von Sarah Wiederkehr: Das Reglement wird im Einwohnerrat diskutiert, wo unterschiedliche Auffassungen existieren. Umso wichtiger ist es, dass sich die Betroffenen, d.h. die Quartiervereine, die city com und sicherlich auch die Strategiekommission dazu äussern können.

### **Beschluss**

Die Motion Alex Berger vom 1. Oktober 2019 betreffend "zeitgemässe flächendeckende Bewirtschaftung öffentliche Parkplätze" wird überwiesen.

## **7. Postulat Tobi Auer vom 3. Juli 2019 betreffend Sicherung und Ausbau der Badener Eisenbahnerschliessung (34/19); Antrag auf Überweisung**

### **Tobias Auer**

"Die Region Baden rückt weiter weg vom Flughafen Zürich" und "Ausserplanmässig haltet der Zug nicht mehr in Baden". Das sind Schlagzeilen, die wir nicht lesen wollen. Versteht mich nicht falsch: Die momentanen Zugverbindungen zum Flughafen und in die umliegenden Städte sind nicht schlecht. Aber: Die Fahrplanänderungen und andere SBB-Massnahmen der vergangenen Jahre sind zu unserem Nachteil gewesen. Die internationalen Konzerne in Baden Nord, die spezialisierten KMU's in Dättwil, das Gewerbe in der Innenstadt, das Bäderquartier, das Kongresszentrum im Trafo, die Kulturinstitutionen und wir alle als Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt sind auf eine überdurchschnittlich gute ÖV-Erreichbarkeit angewiesen. Die Eisenbahn ist die Lebensader unserer Stadt!

Es ist wichtig, dass dieses essentielle Thema nicht auf den Kanton oder den Bund abgewälzt wird. Wenn wir uns nur auf die Vernehmlassungen beschränken, ist es ohnehin zu spät. Die Ausgangslage für eine proaktive Einflussnahme seitens der Stadt ist gut. Wir haben beste Kontakte zum kantonalen Verkehrsdirektor, der auch einmal in diesem Saal sass, und es sitzt ein versierter Badener Verkehrspolitiker im Ständerat. Die umliegenden Städte, wie Lenzburg und Aarau (für die Strecke Zürich - Bern) oder Brugg, Frick und Rheinfelden (für die Strecke Flughafen - Basel) sind ebenfalls an vielen und schnellen Verbindungen interessiert. Dieses gemeinsame Interesse müssen wir zusammen in die Waagschale werfen, um in Aarau und Bern möglichst viel erreichen zu können. Eines ist klar: Wer sich am wenigsten wehrt, wird bei der nächsten Fahrplanänderung am meisten verlieren. Daher ist die kurz-, mittel- und langfristige Einflussnahme auf die Bahnerschliessung sehr wichtig. Ich bitte Sie, der Überweisung des Postulats zuzustimmen.

### **Tobias Vonesch**

Wir danken Tobias Auer für sein Postulat.

Wir sehen das gleich wie der Postulant. Eine schnelle Verbindung zum Flughafen Kloten ist wichtig für den Wirtschaftsstandort Baden. Aber für uns sind auch alle anderen direkten Verbindungen in den Rest der Schweiz wichtig. Verstehen Sie mich bitte richtig: Der Bahnhof Baden ist nach wie vor sehr gut erschlossen. Die letzten zwei Fahrplanwechsel waren jedoch nachteilig für die Stadt Baden. Wir sind uns bewusst, dass die Stadt Baden beim Prozess des Fahrplanwechsels nicht immer gewinnen kann. Baden soll in Zukunft jedoch nicht noch mehr Direktverbindungen verlieren.

Wir unterstützen das Postulat einstimmig.

### **Hansruedi Stauffacher**

Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat von Tobi Auer. Die Begründung fällt mir aus aktuellem Anlass leicht. Im Tagesanzeiger-Magazin publizierte Markus Somm in drei Teilen seine umfangreiche Dissertation über Baden, die Elektropolis an der Limmat. Er sieht Baden am Ende des 19. Jahrhunderts als eine Art Silicon Valley und räumt ein, was ihm mit seiner wirtschaftsliberalen Überzeugung schwerfalle, dass "ganz ohne Staat dieses Eldorado nicht entstanden" wäre. Die Aussage bezieht sich auf die moderne wie auch auf die Badener Version dieses industriellen

Hotspots. Was war die Leistung der Stadt? Sie hat "Strassen, Bahnzugang, Kanalisation, Schulen und die Zusicherung, Bauprojekte zügig zu bewilligen" geliefert. Das, was das Postulat fordert, muss eine Selbstverständlichkeit sein, falls sich die Stadt weiterhin als Standort für Unternehmungen aller Art verstehen will. Wir sind der Auffassung, dass das unbestritten sein sollte.

Wir freuen uns schon auf Vorstösse der Stadt bei der SBB nach der Überweisung des Postulats. Ich fahre häufig nach Zürich. Immer öfter hatte ich in letzter Zeit den Eindruck, die SBB biete den Reisenden von Baden nach Zürich historische Zugskompositionen an. Das ist nicht das, was einem Bahnhof angemessen ist, der die zweithöchste Frequenz im Aargau aufweist.

### **Lukas Eberle**

Die CVP überweist das Postulat von Tobi Auer.

Für die Wirtschaftsregion Baden ist eine attraktive SBB-Anbindung fundamental wichtig.

Die CVP anerkennt die Bedeutung einer attraktiven SBB-Anbindung für die Stadt und die Region Baden, dem bedeutendsten Wirtschaftszentrum im Aargau. Entscheidend sind insbesondere die Anbindung an den Flughafen Zürich sowie die Direktverbindungen in Wirtschaftszentren, wie z.B. Bern, Zürich und Basel, um nicht schleichend einen Bedeutungsverlust zu erleiden.

Wir unterstützen das Postulat daher mit Nachdruck und erwarten von der Stadt, dass sie sich in Bern und Aarau vehement für dieses Anliegen stark macht.

### **Markus Schneider, Stadtmann**

Ich habe keine Differenzen zu den Wortmeldungen. Zwei Punkte sind für den Wirtschaftsstandort eminent wichtig. Erstens Direktverbindungen. Wenn ich beispielsweise in Baden einsteige, muss ich bis Bern nicht mehr umsteigen müssen. Zweitens: Halten. Was gar nicht ginge, wäre ein Entscheid der SBB, den Bahnhof Baden auszulassen und durchzufahren. Das wäre nicht tolerierbar. Die Stossrichtung ist demnach klar. Wir haben einen Bahnhof für die Region. Wir schnüren deshalb gerne das Massnahmenpaket, zusammen mit dem Regierungsrat, dem Ständerat und der Region.

### **Beschluss**

Das Postulat Tobi Auer vom 3. Juli 2019 betreffend "Sicherung und Ausbau der Badener Eisenbahnerschliessung" wird überwiesen.

## **8. Anfrage Mark Füllemann vom 24. Oktober 2019 betreffend Belastung der Stadt Baden mit Zentrumsfunktionen (52/19); Antwort**

### **Mark Füllemann**

Der Auftrag vom Stadtrat an den Verwaltungsleiter war locker formuliert. Es hiess, er solle sich gelegentlich Gedanken darüber machen. Kurz vor dem Weggang von Christian Villiger habe ich ihn gefragt, ob er sich Gedanken gemacht hätte. Er verneinte es. Deshalb habe ich die Anfrage eingereicht.

Die Antwort des Stadtrats tönt ähnlich, zumindest im ersten Teil. In der Antwort heisst es, dass der Geschäftsbericht 2018 aufzeigen würde, dass sich 53 Vollzeitstellen mit solchen Aufträgen befassen würden. Es weiss allerdings niemand, um was für Aufträge es sich hierbei handelt. Es weiss auch niemand, ob für diese Stellen etwas gezahlt wird. Bei der Öffentlichen Sicherheit scheint es so zu sein. Der Stadtrat führt nicht aus, wie hoch der Kostendeckungsbeitrag hätte sein sollen. Er legt eine Tabelle von sieben anderen Gemeinden bei. Diese haben scheinbar eine Studie durchgeführt. Der Tabelle kann man entnehmen, dass die Netto-Zentrumslast pro Einwohner von Baden etwa in der Grössenordnung von CHF 300 liegen könnte. Bei 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern kämen wir auf eine Netto-Zentrumslast von CHF 6 Mio. Ist das nicht "Peanuts"? Sechs Millionen Franken sind etwa 10 Steuerprozent. Zahlen unsere Steuerzahlenden wirklich so viel Steuern zugunsten der Aussengemeinden?

Ich gehe mit dem Stadtrat einig, dass dies keine Aufgabe ist, die man intern lösen kann, weil uns die Aussengemeinden Betrug vorwerfen könnten. Das wird bei der Verkehrserhebung OASE so gemacht. Ober- und Untersiggenthal behaupten, dass die Zahlen falsch erhoben worden seien. Ich gebe dem Stadtrat Recht, dass das Ganze neutral gehalten werden muss.

Und jetzt zum Lichtblick: Es soll eine Masterarbeit an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Auftrag gegeben worden sein. Die Anfrage sei positiv beantwortet worden. Kann der Stadtrat bestätigen, dass eine solche Arbeit im Lauf des Jahrs 2020 absolviert wird?

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Wir haben im Geschäftsbericht nicht nur die 53 Stellen ausgewiesen, sondern auch wofür sie eingesetzt werden. Es ist richtig, dass der Kostenpunkt fehlt. Bei der Polizei ist er vorhanden. Wir haben die Arbeit bei der Fachhochschule Nordwestschweiz in Auftrag gegeben. Im März und im Juni werden die Bachelor-Arbeiten vergeben. Danach werden wir erfahren, ob jemand diese Arbeit gewählt hat oder nicht und dann weitersehen.

Das Vorgehen zu dieser Anfrage hatten wir mit der Finanzkommission besprochen. Die Finanzkommission unterstützte das Vorgehen, da es ursprünglich ihre Pendezenz war.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Es war eine lange Sitzung. Wir kommen jetzt noch zu den Verabschiedungen.

Ich lese Ihnen das Rücktrittsschreiben von Margreth Stammbach vor.

"Ich trete an der nächsten Einwohnerratssitzung am 28. Januar aus dem Rat zurück.

Ich war damit 8 Jahre Mitglied im Einwohnerrat. Ich habe während dieser Zeit viele interessante Begegnungen erlebt, bin mit vielen verschiedenen Meinungen und Voten konfrontiert worden. Ich habe diese Zeit als bereichernd empfunden und mich auf diese Weise sehr gerne für die Stadt und für meine Wertvorstellungen eingesetzt.

Als Mitglied einer kleinen Fraktion gibt es jedoch immer viel zu tun, zu lesen und vorzubereiten, und es gab kaum eine Sitzung, in der ich nicht ein Votum gehalten habe – auch wenn ich kurze Voten halte und der Meinung bin, dass dafür 5 Sätze genügen – so war der Aufwand doch beträchtlich. Ich möchte in Zukunft wieder mehr Zeit haben für meine berufliche Weiterbildung und für meine Hobbies, um meine kreative Seite auszuleben. Deshalb trete ich zurück.

Mit bestem Dank im Voraus und freundlichen Grüßen."

Margreth gehört nicht zu den Lauten im Rat.

Ich nahm sie als konsequent grünsozial, gendergerecht und kinder- und familienpolitisch engagiert politisierend wahr, und immer gradlinig, verlässlich und speditiv.

Ich danke dir in unser aller Namen für dein Engagement für unsere Stadt und darf dir zum Andenken an deine acht Jahre im Einwohnerrat das Stadtsiegel überreichen.

## **Michael Staubli**

Liebe Margreth

Nach etwas über acht Jahren im Einwohnerrat trittst du heute zurück. Um diese acht Jahre in ein Verhältnis zu setzen: Ich habe nachgesehen, wie viele Ratsmitglieder länger im Einwohnerrat sind als du. Es sind vier. Nur 8% des Einwohnerrats sind länger dabei als du.

Mit dir verlässt eine Einwohnerrätin den Rat, die als stille Schafferin bekannt ist, die sorgfältig recherchiert und eine klare Meinung findet. Mit deinen gewissenhaft formulierten Voten hast du es immer wieder geschafft, wichtige Aspekte und Facetten der behandelten Geschäfte aufzuzeigen, welche teilweise unbeachtet geblieben wären. Als Mutter schulpflichtiger Kinder waren dir immer Themen, wie Schule, Schulweg, Betreuung und unterdessen Ausbildung, wichtig.

Wenn man dich kennt, weiss man, dass es dir in der Zeit nach dem Einwohnerrat sicherlich nicht langweilig wird. Wie du im Rücktrittsschreiben erwähnt hast, wirst du eine berufliche Weiterbildung in Angriff nehmen. Du freust dich sicherlich auch, mehr Zeit für deine Familie zu haben, mehr Zeit für deinen Garten und deine grosse Terrasse auf der Allmend, für Kultur und für deine Kochkreationen, welche man schön in Szene gesetzt auf Instagram finden kann.

Mich freut es sehr, dass du nächste Woche im One of a Million-Festival als Helferin im Einsatz sein wirst.

Ich danke dir für deinen wertvollen Einsatz in den vergangenen acht Jahren und in den letzten zwei Jahren als Stimmenzählerin. Wir möchten dir für deine grosse Terrasse etwas mitgeben. Das ist ein "Felsenbirnenstrauch", welcher im Sommer wunderbar weiss blüht. Du findest in der Tasche ausserdem zur Erholung einen Gutschein für Spa und Massage im Limmathof.

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Ich lese das Rücktrittsschreiben von Sandra Göbelbecker vor.

"Seit dem Arbeitsunfall meines Partners vor 2,5 Jahren trage ich (fast) die alleinige Verantwortung für unsere Familie, unsere AG und für meine Mandate im sozialen Bereich. Ich habe oft wochen-, wenn nicht monatelang, über meine körperlichen und seelischen Grenzen gelebt, und dies hat zu einer starken Erschöpfung geführt.

Anlässlich meiner Supervision anfangs Jahr bin ich gemeinsam mit meiner Therapeutin zum Schluss gekommen, dass ich mein Mandat im Einwohnerrat per Ende Januar 2020 abgebe. Ich muss mich in den Mittelpunkt stellen, damit ich gesund werden kann. Ich muss Verantwortlichkeiten, die nicht meine Familie und meine Arbeit betreffen, abgeben, damit ich über die wenige freie Zeit wirklich frei verfügen und zu körperlicher und seelischer Ruhe kommen kann.

Ich bedauere diesen Schritt sehr, und er fällt mir auch nicht leicht.

Ich wünsche euch weiterhin einen offenen, wertschätzenden und konstruktiven Dialog während der Einwohnerratssitzungen und Entscheide zum Wohle aller Menschen in unserer Stadt, auch der Schwächsten. Denn wie in der Gesellschaft, wird auch eine Stadt daran gemessen, wie sie sich um die Schwächsten kümmert."

Sämy, dich habe ich seinerzeit – lang bevor du Mitglied des Einwohnerrats wurdest – in Tschernobyl kennengelernt bei unserem gemeinsamen Versuch, von der ukrainischen Regierung eine Kopie des Strahlenopfer-Krebsregisters zu erhalten.

Zurück in Baden fielen mir deine Vielseitigkeit und dein grosses, soziales Engagement auf.

Du bist eine Politikerin, welche viel im Hintergrund gearbeitet, gewirkt und bewirkt hat. Du musstest nicht viele Vorstösse einreichen, denn du suchtest immer den Dialog und warst mit der Verwaltung bestens vernetzt.

Ich danke dir in unser aller Namen für dein grosses Engagement für unsere Stadt und darf dir zum Andenken an deine Zeit im Einwohnerrat das Stadtsiegel überreichen.

Wir alle wünschen dir rasche und gute Erholung und dir und deiner Familie alles Gute!

### **Steffi Kessler**

Liebe Sämy

Danke für alles, was du in den letzten vier Jahren für die SP-Fraktion geleistet hast. Wir verstehen deinen Entscheid. Aber dein Herzblut, dein grosses Engagement und deinen Humor werden wir vermissen. Wie von dir gewünscht, werden wir dem Frauenhaus Aargau eine Spende zukommen lassen. Wir möchten dir aber gerne etwas auf den Weg geben. Etwas für die Seele. Wir wünschen dir von Herzen alles Gute und trage Sorge zu dir.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Es war eine lange Sitzung, aber die März-Sitzung wird voraussichtlich wahrscheinlich noch länger.

Ich habe für den traditionellen Umtrunk im Restaurant Roter Turm reserviert.

Ich wünsche allen gesunde und "beinbruchfreie" Sportferien und denjenigen, die nicht in den Roten Turm mitkommen, einen guten Heimweg.

Sitzungsende: 22.30 Uhr

EINWOHNERRAT BADEN

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Mallien', is displayed on a light grey rectangular background.

Sander Mallien  
Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Sandmeier', is displayed on a white background.

Marco Sandmeier  
Protokollführer